

Stenographisches Protokoll.

40. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

Mittwoch, den 22. Juni 1921.

Tagesordnung: 1. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag des Abgeordneten Buchinger und Genossen (177 der Beilagen), betreffend Entschädigung der Mitglieder der Grundverkehrs-Bezirkskommissionen (339 der Beilagen). — 2. Bericht des Justizauschusses über das Bundesgesetz, betreffend die zeitweilige Unzulässigkeit der gerichtlichen Geltendmachung von Ansprüchen gegen das k. k. Arar, k. und k. Arar, k. k. Hofärar und gewisse Anstalten und Fonds (342 der Beilagen). — 3. Bericht des Justizauschusses über das Bundesgesetz, betreffend den Versöhnungsversuch im Eheverfahren (343 der Beilagen).

Inhalt.

Personalien.

Angelobung der an Stelle des zurückgetretenen Abgeordneten Matthias Ablerstügel einberufenen Abgeordneten Moissia Schirmer (Seite 1463).

Bundesregierung.

Buchstabe des Bundeskanzlers Schober, betreffend die vom Bundespräsidenten vorgenommene Angelobung der in der Sitzung vom 21. Juni l. J. vom Nationalrate gewählten Bundesregierung und die Enthebung der bisherigen Bundesregierung vom Amte (Seite 1463).

Erklärung des Bundeskanzlers Schober ([Seite 1463] — Antrag des Abgeordneten Sever auf Eröffnung der Debatte über die Regierungserklärung [Seite 1467] — Annahme des Antrages — Redner: die Abgeordneten Seitz [Seite 1468], Dr. Seipel [Seite 1477], Dr. Straßner [Seite 1481], Größbauer [Seite

1484], Czernin [Seite 1485], Dr. Otto Bauer [Seite 1490]).

Vorlagen der Bundesregierung.

Zuweisungen:

1. 334 und 338 der Beilagen an den Ausschuß für Erziehung und Unterricht (Seite 1495);
2. 335, 336, 337, 340, 341, 344, 348, 349, 359 und 362 der Beilagen an den Finanz- und Budgetauschuß (Seite 1495 und 1496);
3. 360 und 361 der Beilagen an den Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten (Seite 1496);
4. 363 der Beilagen an den Justizauschuß (Seite 1496);
5. 358 der Beilagen an den Verfassungsausschuß (Seite 1496).

Ausschüsse.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Niederlegung des Mandates des Abgeordneten Tuller als Mitglied des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, des Abgeordneten Glöckel als Ersatzmann im Finanz- und Budgetausschusse, des Abgeordneten Schmitz als Mitglied des Ausschusses für Äußeres und als Mitglied des Finanz- und Budgetausschusses, des Abgeordneten Frja als Ersatzmann im Finanz- und Budgetausschusse, des Abgeordneten Spalowsky als Ersatzmann im Finanz- und Budgetausschusse, des Abgeordneten Traxler als Mitglied des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, des Abgeordneten Dr. Nigler als Mitglied des Justizausschusses, des Abgeordneten Hächl als Mitglied des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, des Abgeordneten Dr. Ferzabek als Mitglied des Verfassungs-

ausschusses, des Abgeordneten Dr. Anton Maier als Ersatzmann im Verfassungsausschusse und des Abgeordneten Wiesmaier als Mitglied des Ausschusses für soziale Verwaltung (Seite 1495).

Ersatzwahlen (Seite 1495).

Zuweisungen:

1. 328, 329, 330, 331, 351, 353 und 354 der Beilagen an den Finanz- und Budgetausschuß (Seite 1496);
2. 350 der Beilagen an den Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten (Seite 1496);
3. 355 der Beilagen an den Verfassungsausschuß (Seite 1496);
4. 333 und 352 der Beilagen an den Ausschuß für soziale Verwaltung (Seite 1496).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

Antrag

der Abgeordneten Wimmer, Geier, Hofer, Größbauer, Bichl und Genossen, betreffend die Erzeugung von Fäkalrockendünger aus den Abfallwässern kanalisierter Städte (373 der Beilagen).

hebung von Verträgen mit Gemeinden (Anhang I, 141/I);

2. des Abgeordneten Gröger und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, betreffend die Verschleppung der Erledigung eines Grundtauschangebotes der Gemeinde Arnoldstein behufs Errichtung von Notwohnungen für diese Gemeinde (Anhang I, 142/I).

Anfragen

1. der Abgeordneten Dr. Danneberg, Stika und Genossen an den Justizminister, betreffend die Auf-

Zur Verteilung gelangt am 22. Juni 1921:
die Anfragebeantwortung 47.

Beginn der Sitzung: 3 Uhr 15 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident **Dr. Weiskirchner**,
zweiter Präsident **Heiß**, dritter Präsident
Dr. Dinghofer.

Schriftführer: **Seidel, Sever**.

Bundeskanzler und Leiter des Bundes-
ministeriums für Äußeres: **Schober**.

Vizekanzler und Leiter der Angelegen-
heiten des Unterrichtes und des Kultus:
Breisky.

Bundesminister: **Dr. Waber** für Inneres
und Unterricht, **Dr. Grimm** für Finanzen,
Dr. Pauner für soziale Verwaltung, **Dr. Grün-
berger** für Volksernährung, **Dr. Hennel** für
Land- und Forstwirtschaft, **Dr. Rodler** für
Verkehrswesen, **Dr. Palltauf** für Justiz, **Angerer**
für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten,
Daugoin für Seereswesen.

Präsident: Ich erkläre die Sitzung für
eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom
21. Juni liegt in der Kanzlei zur Einsicht auf.

Die für den Herrn Abgeordneten Matthias
Adlersflügel einberufene Frau Abgeordnete Aloisia
Schirmer ist heute zum erstenmal im Hause
erschienen und wird die Angelobung leisten.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, die An-
gelobungsformel zu verlesen.

Schriftführer **Sever** (verliest die Ange-
lobungsformel).

Präsident: Nunmehr ersuche ich die Frau
Abgeordnete Schirmer, die Angelobung mit den
Worten: „Ich gelobe“ zu leisten.

Abgeordnete **Schirmer:** Ich gelobe!

Präsident: Mir ist folgende Zuschrift
zugekommen (liest):

„An

den Herrn Präsidenten des Nationalrates.

Ich beehre mich, die Mitteilung zu machen,
daß die vom Nationalrat in seiner Sitzung vom
21. Juni l. J. gemäß Artikel 70 des Bundes-
Verfassungsgesetzes gewählte, unter meinem Vorsitz

stehende Bundesregierung am 21. Juni 1921
vom Herrn Bundespräsidenten angelobt wurde
und daß somit die Mitglieder dieser Bundes-
regierung am gleichen Tage ihr Amt ange-
treten haben.

Gleichzeitig hat der Herr Bundespräsident
die mit der Fortführung der Geschäfte betraute
bisherige Bundesregierung vom Amt ent-
hoben.

Wien, 22. Juni 1921.

Schober.“

Zum Worte gemeldet hat sich der Herr
Bundeskanzler Schober. Ich erteile ihm das Wort.

Bundeskanzler **Schober:** Bevor ich mir
namens der neuen Regierung erlaube, eine pro-
grammatische Erklärung abzugeben, beehre ich mich,
zunächst dem hohen Hause für die auf uns ge-
fallene Wahl bestens zu danken.

Die gestern gebildete Beamtenregierung mit
parlamentarischem Einschlag ist sich dessen bewußt,
daß sie in der demokratischen Republik eine von
der Norm abweichende Form einer Regierung ist,
welche aus der Not unserer Zeit, aus der Not
unseres Landes geboren, sich als ein Versuch dar-
stellt, den Wiederaufbau unseres Vaterlandes auf
diese Weise zu fördern. Daß die Beamten dem an
sie ergangenen Rufe gefolgt sind, entspricht altöster-
reichischer Beamtentradition, einer Pflicht, der sich
die berufsmäßigen Diener des Staates in einer
solchen Zeit, wie es die gegenwärtige ist, nicht ent-
ziehen können. Ziel und Weg der neuen Regierung
sind klar vorgezeichnet. Es handelt sich darum,
unser Volk und unser Land aus dem Zustand der
Depression herauszuführen und ihnen den Glauben
an eine bessere Zukunft wiederzugeben.

Der Friedensvertrag und die durch die
Regierung Dr. Mayrs eingeleitete Kreditaktion des
Völkerbundes bilden im Zusammenhalt mit dem
von den Parteien des österreichischen Nationalrates
eingegangenen diesbezüglichen Verpflichtungen auch
die Basis für die nächsten Aktionen der neuen
Regierung. Sie steht fest auf dem Boden des mit
den Delegierten des Finanzkomitees des Völker-
bundes vereinbarten Sanierungsprogrammes und
wird eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin erblicken,
alles aufzubieten, um die Ausführung dieses Pro-
gramms zu fördern. Mit Genugtuung kann fest-
gestellt werden, daß die Organe des Völkerbundes

gehenden Mitwirkung der autonomen Körperschaften und aller Bevölkerungskreise nicht entraten kann und insbesondere auf die Mitwirkung der Ärzte rechnet. Die Regierung ist des besten Willens, ihren Dank gegenüber der opferwilligen Ärzteschaft durch möglichste Verwirklichung ihrer Wünsche zum Ausdruck zu bringen.

Auf dem Gebiete des Heereswesens wird die Regierung sich bemühen, im Aufbau und in der Festigung des Gefüges des Bundesheeres vorwärts zu schreiten, damit dieses die ihm im Wehrgesetz vorgezeichnete Aufgabe erfüllen könne. Die Regierung möchte nicht versäumen, in diesem Zusammenhange darauf hinzuweisen, daß sich bei der jüngsten Überschwemmungskatastrophe in Niederösterreich die technischen Truppen in aner kennenswerter Weise bewährt haben. Die uns durch den Staatsvertrag von Saint-Germain aufgezwungene Form unseres Wehrsystems verpflichtet die Regierung zu besonderer Fürsorge für die wirtschaftliche Lage und die Zukunft aller Angehörigen der Wehrmacht.

Auf dem Gebiete der Volksernährung wird die Regierung trachten, die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Nahrungsmitteln, und zwar sowohl qualitativ wie quantitativ zu bessern. Die bezüglichen Maßnahmen dürften in der kürzesten Zeit wirksam werden. Den Wünschen der Regierung sind allerdings durch die Leistungsfähigkeit der Bundesfinanzen gewisse Grenzen gezogen. Mit dem Abbau der Zuschüsse aus Bundesmitteln zu den rationierten Lebensmitteln und der erhöhten Heranziehung der bemittelten Schichten der Bevölkerung muß ehestens begonnen werden. Die Regierung bittet daher das hohe Haus, das bereits in Beratung stehende Gesetz über die Staffelung der Lebensmittelpreise mit aller Beschleunigung zu verabschieden. Die auf dem Gebiete des Ernährungswesens in den Verhältnissen der Kriegszeit begründende Beschränkung der Wirtschaft wird abgebaut werden. Dieser Abbau kann jedoch nur systematisch und schrittweise erfolgen, da sonst durch ein unvermitteltes Verlassen der bisherigen Grundsätze Erschütterungen der Volkswirtschaft herbeigeführt würden. Die Regierung beabsichtigt daher, so wie dies auch in den meisten anderen Staaten der Fall ist, auch im kommenden Wirtschaftsjahre die Regelung des Verkehrs mit Getreide und Mahlprodukten beizubehalten, hiebei jedoch die landwirtschaftliche Produktion von allen sie beeinträchtigenden Hemmungen und Erschwerungen möglichst zu befreien.

Auf die staatliche Kontrolle kann die Regierung im Interesse der Versorgung der Bevölkerung naturgemäß nicht verzichten. Ein diesbezügliches Gesetz wird dem hohen Hause schon in den nächsten Tagen zugehen, und bittet die Regierung schon heute, um dringende Verabschiedung dieser Vorlage. Der wucherischen Ausnutzung der noch immer bestehenden

außerordentlichen Versorgungsschwierigkeiten wird die Regierung mit allen Mitteln entgegentreten, dabei sich es aber zum Ziele setzen, den legitimen, anständigen Handel vor allen Schikanen zu schützen. *(Zustimmung.)*

Die wirtschaftliche Zukunft Österreichs liegt zu einem großen Teile in der Wiederaufrichtung der Land- und Forstwirtschaft. Voraussetzung ist hiebei die mit aller Energie zu betreibende schrittweise Beseitigung der vielfachen Hemmungen, denen die österreichische Landwirtschaft noch zum Schaden der Gesamtheit ausgesetzt ist. Hand in Hand damit muß gehen die programmäßige Förderung der Landeskultur. Es wird eine äußerst wichtige Aufgabe der Regierung sein, eine Steigerung der Bodenerträge und der Tierproduktion herbeizuführen.

Bezüglich der Waldwirtschaft stellt sich die Regierung auf den Standpunkt, daß, so wichtig und dringend auch der erhöhte Export sein möge, aus volkswirtschaftlichen Gründen unsere wertvollen Wälder vor jeder unrationellen Ausnutzung und Zerstörung geschützt werden müssen. *(Zustimmung.)*

Den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern wird die Regierung alle in sozialpolitischer Hinsicht unerläßlichen Sicherungen für Krankheits-, Unfall- und Invaliditätsfälle schaffen.

Wien und die sonstigen Kulturstätten unseres Heimatlandes werden seitens der Regierung, soweit es unsere finanzielle Lage erlaubt, jede tunliche Förderung erfahren. Insbesondere Kunst und Wissenschaft sollen von unserer Regierung nach Kräften gefördert werden. Die Lage unserer Hochschulen, insbesondere der Wiener Hochschulen, erheischt die größte Aufmerksamkeit der Regierung, die nicht zugeben darf, daß beispielsweise die Wiener Universität infolge materieller Sorgen von ihrem Ruhm etwas einbüßt, und daß diese uralte Pflanzstätte deutscher Wissenschaft, die auch heute noch außerhalb des europäischen Kontinents, ja selbst in Amerika sich des größten Ansehens erfreut, verkümmern müsse. Insbesondere müssen die in letzterer Zeit sich häufenden Berufungen österreichischer Hochschulprofessoren in das Ausland mit größtem Opfermut behandelt und nach Möglichkeit verhindert werden.

Die anhängige Schulreform wird im engen Einvernehmen mit allen zuständigen Schulbehörden mit Ernst fortgesetzt werden, wobei die Regierung den größten Wert darauf legt, mit der Lehrerschaft, aber auch mit den Eltern, welche der Schule ihr teuerstes Gut, die Jugend unseres Volkes, anvertrauen, im engsten Kontakte zu bleiben.

Auf dem Gebiete des Kultuswesens wird die Regierung in der Absicht, der dringenden Notlage der Seelsorgegeistlichkeit durch eine gesetzliche Regelung abzuhelpfen, um die rasche Verabschiedung des dem hohen Hause bereits vorliegenden Gesetzentwurfes bitten.

Auf dem Gebiete des Strafrechtes und Strafprozesses sind in der nächsten Zeit folgende dringende Reformen geplant:

1. Eine vom Justizauschusse geforderte Novelle zum Strafgesetze; durch dieselbe sollen zunächst die Tatbestände und die Ausdrucksweise des Strafgesetzes dem geänderten staatsrechtlichen Verhältnisse angepaßt, ferner die Strafmündigkeitsgrenze auf das 14. Lebensjahr hinaufgesetzt und verschiedene Sonderbestimmungen über die Bestrafung jugendlicher Personen sowie zum Schutze jugendlicher Personen eingeführt, weiters einige kriminalpolitische Forderungen der Gegenwart erfüllt werden, wie Einführung einer custodia honesta für politische Delikte, strengere Strafen gegen das gewerblich- und gewohnheitsmäßige Verbrechen, Verbesserung der Bestimmungen über die Hehlerei, endlich Änderung in einigen Strafbestimmungen für militärische Delikte.

2. Ein Gesetz, durch das die am 31. Dezember d. J. ablaufende Geltungsdauer des vereinfachten Verfahrens in Verbrechenssachen verlängert werden soll, da die Strafgerichte immer noch so überlastet sind, daß sie ohne dieses Verfahren den Anfall an Strafsachen nicht bewältigen könnten.

Auf dem Gebiete des zivilgerichtlichen Verfahrens steht die Erlassung einer dritten Gerichtsentslastungsnovelle zwecks Entlastung der Gerichte durch verschiedene Abänderungen des Prozeßrechtes über das Existenzminimum bevor, da die Geldentwertung dessen Hinaufsetzung notwendig macht. Ferner eine Novelle zum Gesetze vom 6. März 1906, R. G. Bl. Nr. 58, über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, durch die die Mindestgrenze für das Stammkapital und für die Stammeinlage entsprechend erhöht werden soll, endlich auf dem Gebiete des Anwaltsrechtes ein Entwurf, durch den das Gesetz vom 6. Februar 1919, St. G. Bl. Nr. 95, den dergelt geltenden Verhältnissen entsprechend abgeändert werden soll.

Die Aufgaben des Verkehrsministeriums für die nächste Zeit sind außerordentlich umfassend. Zunächst ist es notwendig, in zäher Kleinarbeit und unter Ausnutzung aller irgendwie sich bietenden vorteilhaften Möglichkeiten und unter Vermeidung aller auch der unbedeutendsten Schädigungen das Verkehrsweisen, wenn auch langsam, so doch stetig zu heben, soweit dies unabhängig von äußeren Einflüssen durch eigene Kraft möglich ist.

Ein weiteres Tätigkeitsfeld ist die Abschleifung aller jener Reibungsflächen, die seit dem Zusammenbruche gegenüber unseren Nachbarn auf dem Gebiete des Verkehrswezens entstanden sind. Die neue Regierung wird schon in wenigen Tagen in Portoroß Gelegenheit haben, auf diesem Gebiete ihren guten Willen zu zeigen. Eine überaus wichtige Aufgabe ist die gründliche Reorganisation unseres Eisen-

bahnwesens, die nunmehr nicht nur auf den theoretischen Erkenntnissen und Erfahrungen der alten Verwaltung der k. k. Staatsbahnen, sondern auch auf eine mehr als zweijährige Erfahrung auf dem heutigen beschränkten Staatsgebiete begründet werden muß. Die wirtschaftliche Notlage unseres Staatswesens und zahlreiche technische Gründe nötigen zum schnelligsten tatkräftigsten Vorgehen in dieser Richtung.

Eine wertvolle Unterstützung der Regierung in ihrem Bestreben nach Sanierung des Bundeshaushaltes wird von der Ersparungskommission geleistet. Das engste und vertrauensvollste Zusammenarbeiten der Bundesregierung mit der Ersparungskommission wird unter den gegebenen allgemeinen Verhältnissen, namentlich aber auch im Hinblick auf die dem Auslande gegenüber im Zusammenhange mit den eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen eingegangenen Verpflichtungen, eine unbedingte Notwendigkeit sein, und es ist daher eine selbstverständliche Pflicht der Regierung, die Tätigkeit der Ersparungskommission mit allem Nachdrucke zu fördern.

Die neue Regierung ist sich dessen bewußt, daß sie alle ihre Kraft nur aus der Mitwirkung und der Unterstützung des hohen Hauses schöpft, und sie betrachtet es als ein gutes Vorzeichen, daß sich zunächst drei Parteien des hohen Hauses zur Unterstützung der Regierung zwecks gemeinsamer Wiederaufbauarbeit bereit erklärt haben. Und wenn die neue Regierung auch nicht das Glück hatte, von allen Parteien dieses hohen Hauses gewählt zu werden, so hofft sie doch, daß ihre einzig und allein auf das Wohl des gesamten deutschösterreichischen Volkes gerichtete Tätigkeit sowie ihre Bemühungen, der Bevölkerung, die nach all den Leiden und Entbehrungen nicht mehr lange auf eine Besserung warten kann, endlich einen Erfolg und damit einen hoffnungsreichen Ausblick auf eine bessere Zukunft zu bieten, nicht nur bei den Parteien, die die Regierung gewählt haben, sondern auch auf der andern Seite dieses hohen Hauses jene Würdigung finden werden, die eine redliche Absicht und zielbewußte Arbeit für das gesamte Volk auch von einem strengen, aber gerechten Richter fordern darf. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Zur formalen Geschäftsbehandlung hat sich Herr Abgeordneter Sever zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Sever:** Ich erlaube mir, den geschäftsordnungsmäßigen Antrag zu stellen, über die Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers sofort die Debatte zu eröffnen.

ist, daß unser ganzes Steuersystem von Grund aus geändert werden sollte, Tatsache ist, daß wir durch die bestehende, geltende Verfassung geradezu einen Auftrag haben, ehestens auch das Finanzverfassungsgeieß zu machen, das uns auch der Herr Bundeskanzler hier angekündigt hat, und das endlich bestimmen soll, welche Steuern dem Staate, welche den Ländern und welche den Gemeinden zukommen sollen. Das müßte natürlich Hand in Hand gehen mit einer ganz neuen Steuerpolitik des Staates. Wo ist der ganze Plan? Was Sie getan haben, war nichts als Monat um Monat eine öde, geistlose, mechanische Erhöhung der bestehenden Steuer- und Abgabesätze durchzuführen. (*Zustimmung.*) Mit Recht hat heute ein Kritiker im Hauptausschuß gesagt, Sie können rein nur immer die Steuersätze multiplizieren, etwas, was jeder Schulbub in der dritten Volksschulklasse kann. Sie haben heute im Hauptausschuß eine neue indirekte Steuer bewilligt, die vier Milliarden tragen soll. (*Hört! Hört!*) Sie, dieselbe Partei, die in der allerschroffsten, der allerdemagogischsten Weise gegen jede Erhöhung der Preise ankämpft, die von der Wiener Stadtverwaltung zum Ausgleich der Selbstkosten, die die Unternehmungen verursachen, vorgenommen werden muß. So hat die Gemeinde Wien den Tramwaytarif niemals anders erhöht, als wenn es notwendig war, um die Selbstkosten zu decken, und sie hat nie daran gedacht, aus einem so wichtigen Lebensbedürfnis irgendeinen Nutzen, eine Steuer zu ziehen. Sie haben, obwohl Sie offen bekennen, daß das Tabakmonopol heute schon einen nicht unbedeutenden Reinertrag abwirft, also eine Erhöhung von Kosten nicht zu decken ist, die Tabakpreise um vier Milliarden erhöht. (*Hört! Hört!*) Das kann man natürlich sehr leicht, das ist natürlich nicht schwer! Der Finanzminister sagt beispielsweise — ich weiß die konkreten Ziffern nicht — die Zinsekuba kostet heute 7 K, von morgen an wird sie 10 K kosten. Das ist Ihre Finanzpolitik! Ebenso wie beim Tabak ist es in allen diesen Dingen: Sie multiplizieren! Von einem neuen Gedanken, wie man wirklich den Reichtum abschöpfen, wie man Mehrgewinne zugunsten des Staates verwenden kann, ist kein Wort, keine Rede. Die Notenpresse geht heute so wie früher. Heute so wie früher weiß der Staat nicht, was er an die Länder und was er an die Gemeinden abzuführen hat, weiß er nicht, wer der Steuerherr ist und wer die Steuerertragnisse verwendet. Es ist ein Durcheinander, wie es, glaube ich, in keinem Staate der Welt ist.

Wir begrüßen es, wenn uns der Herr Bundeskanzler hier angekündigt hat, daß sich das neue Finanzministerium nun endlich entschließen wird, einen wirklichen Finanzplan vorzulegen. Wir brauchen die ausländische Hilfe, das ist klar. Aber

es geht nicht an, daß eine Regierung einfach stumm die Hände in den Schoß legt und wartet, bis ihr die Tauben in den Mund fliegen, bis sie von außen eine Hilfe bekommt. Was man braucht, ist Hilfe zu schaffen, ohne die arbeitenden Klassen in ihrem Reallohn zu schädigen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Das heißt also Hilfe zu schaffen, durch eine vernünftige Besteuerung der Gewinne, die noch bestehen und soweit sie bestehen.

Der Herr Bundeskanzler hat auch verkündet, daß seine Regierung selbstverständlich nach wie vor die besten Beziehungen zu den übrigen Mächten, insbesondere zum Deutschen Reiche anstreben wird. Was das eine wie das andere anbelangt, so ist es vielleicht sehr gut, daß der Herr Bundeskanzler das konstatiert hat. Ich hoffe, daß er diese Herstellung guter Beziehungen zu den ausländischen Mächten nicht so versteht wie sein Vorgänger, nämlich daß er die Höflichkeit nicht mit Knechtseligkeit verwechselt, daß er sich die innere Würde bewahrt, die man auch in dem ärgsten Elend bewahren muß, in dem sich Österreich befindet, mit einem Wort, daß endlich davon Umgang genommen werde, mit den Vertretern ausländischer Mächte so zu verkehren, wie das bisher der Fall war. Meine Herren! Wir sind ja gewiß ein ohnmächtiger Staat. Aber von der Erkenntnis dieser Ohnmacht bis zur Würdelosigkeit, mit der wir in den letzten Monaten vorgegangen sind, ist schon ein sehr großer Schritt und man hat es bei uns in Zeiten, in denen wir noch viel ohnmächtiger waren, trotzdem verstanden, am Ballhausplatz die notwendige Würde zu wahren. Meine Herren! Ist es nicht würdelos, wenn wir hören, daß eine ganze Gruppe einer großen Partei, der Regierungspartei, wie es die steirischen Christlich-sozialen waren, verlangt, daß der ausländische Gesandte selbst ihr direkt, den Staatsbürgern, die Schwierigkeiten auseinandersetze, die gegen eine Anschlußabstimmung bestünden, daß sie sich also nicht mit den Mitteilungen ihres eigenen Ministers begnügt und einen direkten Verkehr mit einem ausländischen Gesandten sucht? (*Zwischenrufe.*) Wie hat uns heruntergebracht im öffentlichen Ansehen jener Brief einer anderen dieser zwei Regierungsparteien hier, der Brief der Großdeutschen an den englischen Gesandten. Ich bitte, die Antwort, die der englische Gesandte der Großdeutschen Partei gegeben hat, war vollkommen zutreffend und was die Bemerkungen darin über diese Partei anlangt, so wird jeder, der die Partei kennt, sie sofort unterschreiben. Aber, meine Herren, jeder hat es zugleich als einen Faustschlag ins Gesicht empfunden, daß ein fremder Gesandter in solcher Weise mit einer Regierungspartei sprechen kann und daß sie den Anlaß dazu geboten hat. Ist es nicht würdelos, wenn der Bundeskanzler Österreichs seine eigenen Parteigenossen zu dem italienischen Gesandten hinführt,

damit er sie bestimme, von einer politischen Aktion abzusehen? Was muß vorgegangen sein, daß es möglich war, diese Äußerung des italienischen Gesandten in den Blättern zu lesen, die wir da vor einigen Tagen in die Hand bekommen haben?

Wir hoffen, daß es dem Herrn Bundeskanzler, der ja auch nunmehr als „Fachmann“ das Ministerium des Äußern übernommen hat, gelingen wird, diese Fehler einigermaßen zu vermeiden. Wir hätten es zwar gerne gesehen, daß der Herr Bundeskanzler, da er, der nunmehr schon so viele Jahrzehnte in der inneren Verwaltung tätig ist, diese Verwaltung, wie wir auch politische Gegner zugeben müssen, genau kennt und in der er auch nach seiner Art ein tüchtiger Beamter sein mag, an seiner Weise, an seinen Grundsätzen gemessen, auch die innere Verwaltung als Fachmann übernimmt, und wir hätten annehmen können, daß der Herr Abgeordnete Dr. Waber, der ja längere Zeit Unterstaatssekretär im Äußern war, also sich schon dort als Fachmann betätigt hat (*Heiterkeit*), das Ministerium des Äußern übernimmt. Man hat es nun für gut befunden, den Herrn Abgeordneten Dr. Waber, der — nach seinem Privatberufe — vielleicht auch als Fachmann in Finanzangelegenheiten in Betracht gekommen wäre, als Fachmann für das Innere auszuwählen und der Herr Bundeskanzler hat für sich das Ministerium des Äußern in Anspruch genommen.

Nun zweifle ich keinen Moment, daß er gewiß bei den Vertretern der fremden Mächte sehr beliebt ist, und man kann sich das recht gut erklären. Es hat ja Zeiten gegeben, wo es in Wien nicht angenehm zu leben war und wo man manchen Tag das Gefühl hatte, daß auch die persönliche Sicherheit nicht vollkommen gewährleistet ist, und ich glaube schon, daß der Herr Bundeskanzler in seiner Funktion als Polizeipräsident Gelegenheit gehabt hat, sich Sympathien bei dem einen oder anderen zu erwerben, wenn er ihm in seiner Angst etwas beruhigend auf die Achsel geklopft und gesagt hat: Es wird Ihnen nichts geschehen, dazu bin ich schon da! (*Heiterkeit*.) Solche persönliche Beziehungen mögen recht angenehm sein und mögen ihm die Wege für eine neue Form der äußeren Politik erleichtern. Und wenn er nun überdies auch Fachmann in den anderen Fragen ist, die für die Verwaltung des Außenministeriums in Betracht kommen, so wird diese persönliche Beliebtheit, mit der fachmännischen Tüchtigkeit gepaart, gewiß schöne Erfolge gestalten. Aber wir müssen mit allem Nachdruck von dieser neuen Regierung verlangen, daß sie auch wirklich neue Wege in der äußeren Politik einschlägt oder daß sie mindestens, wenn sie, was ja richtig ist, im Grunde die alten Wege beibehält, andere Formen annimmt. Es wird hoffentlich künftighin

nicht mehr vorkommen, daß der Bundeskanzler, weil er in der inneren Verwaltung einen Beamten pensioniert hat, der ein guter Freund eines Landeshauptmannes ist, dann in der äußeren Politik Schwierigkeiten hat, wie das beim Herrn Mayr der Fall war. (*Lebhafte Heiterkeit*.)

Vor allem aber, meine sehr geehrten Herren, hat der Herr Bundeskanzler unserem Empfinden durch die freundlichen Worte, die er den Beziehungen zum Deutschen Reiche gewidmet hat, Ausdruck gegeben. Wenn von unseren Beziehungen zu unserem Mutterlande gesprochen wird, dann werden wir ja alle etwas weich, dann werden wir ja alle anders gestimmt und er hat da in unser aller Seele eine Saite klingen lassen. Es ist das um so wertvoller, als auch diese Beziehungen in der letzten Zeit mindestens Gefahr liefen, eine Trübung durch die, wie ich glaube, höchst ungeschickte und nicht sehr taktvolle Veröffentlichung einer privaten oder, wenn auch amtlichen, so doch nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Äußerung des deutschen Reichskanzlers zu erfahren. Ich würde überhaupt den Herrn Bundeskanzler als Minister des Äußern einladen, dieses Vorkommnis noch einmal einer Prüfung zu unterziehen, amtlich festzustellen, wieso es gekommen ist, daß eine Äußerung, die der deutsche Reichskanzler im Gespräche mit unserem Vertreter in Berlin gemacht hat und die ganz bestimmt nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war, doch in die Öffentlichkeit gekommen ist. Das ist doch ein sehr grober Verstoß gegen alle Gebräuche des diplomatischen Verkehrs und es ist fast so, wie wenn man überhaupt ein Privatgespräch veröffentlicht hätte. Da nun diese Veröffentlichung hier fast amtlich geschehen ist oder zumindest einen sehr offiziellen Charakter hat, wäre sie sehr geeignet, unser Verhältnis zum Reiche zu trüben, was wir sehr bedauern würden.

Dann aber, meine Herren, ist auch klarzustellen, was überhaupt in der Anschlußfrage vorgegangen ist, denn Klarheit ist darüber noch immer nicht geschaffen. Wenn das, was uns der Herr Bundeskanzler wiederholt in Ausschüssen und bei verschiedenen Gelegenheiten gesagt hat, wahr ist, wenn es wahr ist, daß die Vornahme einer Anschlußabstimmung wirklich eine Gefahr für den Staat ist, dann wäre es doch unbegreiflich, daß eine Regierungspartei, wie es die Großdeutsche Partei ist, trotzdem auf dieser Abstimmung beharrt, daß sie trotzdem in den einzelnen Ländern dafür geheißt hätte und daß es ihr sogar auch gelingen wäre, die andere Regierungspartei im Lande Steiermark, die Christlichsozialen, zu gewinnen, dafür zu stimmen. Ist es aber nicht wahr, stimmt das alles nicht, dann ist es noch unbegreiflicher, wie der Herr Bundeskanzler Dr. Mayr so bezigierte Erklärungen abgeben konnte, ohne die

entsprechende Zurückweisung zu finden. Wir glauben, daß diese Angelegenheit wirklich dringendst einer Klärung bedarf.

Meine Herren! Die christlichsoziale Partei und, mit ihr vereint, die Großdeutsche Partei, haben nun eine Regierung gebildet. Der Vorgang ist wesentlich anders als das letztemal. Das letztemal hat die christlichsoziale Partei eine Regierungsliste vorgeschlagen und die Großdeutsche Partei hat, ohne sich über das sachliche Programm dieser Regierung zu äußern, ihre Stimmen für diese Wahl beigegeben, sich aber ihre Stellung zur Regierung vorbehalten. Heute ist das etwas anderes. Wir haben gelesen, daß sich die beiden Parteien auf Grund einer gewissen programmatischen Erklärung vereinigt, koalitiert haben, daß sie gemeinsam die Regierungsliste festgestellt haben, daß jede von ihnen ihren Vertrauensmann in die Regierung entsendet hat.

Da diese Vertrauensmänner doch nicht etwa Sinecuren haben sollen — das würde ja ganz den Grundätzen zuwiderlaufen, die insbesondere von der Großdeutschen Partei oft proklamiert worden sind —, so sind diese Minister dazu bestimmt, die Richtung der Regierung mit den Intentionen ihrer Parteien in Einklang zu bringen. Sie sind darin, was die Politik anlangt, eigentlich die führenden Männer.

Die beiden Parteien haben sich also auf Grund einer bestimmten programmatischen Erklärung koalitiert und eine Regierung gebildet. Nichtsdestoweniger macht es den Anschein, als wollte sich die Regierung doch mehr als eine Beamtenregierung darstellen, und der Herr Bundeskanzler hat einleitend bemerkt, daß die Mitglieder seines Kabinetts sich als Beamte entschlossen haben, dem ehrenden Rufe Folge zu leisten. Ich möchte da eines bemerken: Nach unserer Verfassung gibt es ein Beamtenkabinett eigentlich überhaupt nicht. Ein Beamtenkabinett ist nur möglich entweder in einer monarchischen Verfassung, wo der Monarch die Minister ernennt, oder in einer republikanischen Verfassung, in der der Präsident die Minister ernennt und es ihnen überläßt, sich die notwendigen Gruppierungen im Hause zu verschaffen. Nach unserer Verfassung wird das Ministerium von einer Parlamentsmehrheit, also gewissermaßen aus und durch die Mehrheit des Parlaments gewählt und diese Mehrheit des Parlaments übernimmt auch die volle Verantwortung für das, was das Ministerium tut und was es unterläßt. Und wenn jemand hofft, daß es ihm gelingen werde, die Bevölkerung darüber hinwegzutäuschen und etwa eine Politik zu machen, wie das seinerzeit in der sogenannten Koalition der Fall war, nämlich im Kabinett zu sitzen und draußen dieses Kabinett als etwas Fremdes zu kritisieren, dann würde er sich

diesmal doch täuschen. Ich setze auch von der Loyalität der Parteien voraus, daß sie die volle Verantwortung für dieses Kabinett übernehmen und damit auch erklären, sich berufen zu fühlen, die Geschicke des Staates zu lenken.

Meine Herren! Diese Erklärung über Ihre innere Überzeugung, dazu berufen zu sein, ist uns sehr wichtig. Denn man muß vor allem die größere dieser zwei koalitierten Parteien, die Christlichsozialen, immer wieder daran erinnern. Wenn ich gesagt habe, wie wenig Sie geleistet haben und wie sehr Sie in der inneren und äußeren Politik versagt haben, so muß ich doch hinzufügen, daß nicht das der alleinige Beweis dafür ist, daß Sie nicht sehr berufen sind.

Vor allem andern ist es die Zusammensetzung der christlichsozialen Partei, ihre innere Organisation selbst. Die Partei, die sich da als eine führende aufspielt, diese Partei hat ihr eigenes Kabinett Mayr gestürzt — nicht etwa aus bösem Willen, sondern aus Unfähigkeit. (Heiterkeit.) Wir haben den Triumph, daß das Kabinett Mayr — sonst stirbt ein Ministerium an der Gegnerschaft, an der Opposition — nicht an uns gestürzt ist. Wir sind daran wahrhaftig vollkommen unschuldig. Wir haben Kritik geführt, wir haben die christlichsoziale Partei und ihre Regierung so behandelt, wie sie es verdient und wie wir sie fernerhin behandeln werden, aber gestürzt sind Sie an Ihrer inneren Unfähigkeit, denn Sie waren sich nie dessen bewußt, daß ein Haufe von Menschen, der durch die Weckung wilden Hasses gegen die Sozialdemokratie, durch die Weckung der wildesten Klasseninstinkte der Bourgeoisie, durch das Geschrei von Hepp! Hepp! eine Menge Stimmen sammelt, daß eine Gruppe von Menschen, die durch solche Schlagworte zusammengesammelt worden ist, um für eine Liste zu stimmen, noch lange keine Partei ist, sondern daß eine Partei auch getragen sein muß von einem positiven Programm, gestützt sein muß auf den positiven Willen großer Volkskreise und daß sie vor allem anderen diesen Volkswillen einheitlich organisieren muß, damit er in der zentralen Verwaltung einheitlich zur Geltung komme. Eine Partei, die in Steiermark so denkt und in Oberösterreich anders und in Wien wieder anders, ist eben nicht berufen, als Partei führend im Staate voranzugehen.

Nicht nur die Unfähigkeit Ihrer Regierung, sondern vor allem anderen die innere Struktur Ihrer Partei macht Sie unfähig, wirklich den Staat zu lenken und zu regieren. Wir freuen uns dessen wahrhaftig nicht, daß Sie versagt haben, meine Herren. Wir wären froh, wenn wir nicht recht gehabt hätten und wenn es etwas besser um uns heute stünde, als es heute nach dem Abgang der Regierung Mayr steht.

Was nun die neue Regierung anbelangt, so wird für sie natürlich die christlichsoziale und die Großdeutsche Partei die Verantwortung übernehmen müssen. Man sagt uns: Fachmänner. Aber, meine Herren, jeder Christlichsoziale, der nicht fähig ist, ein Mandat irgendwo in der Wahl zu erwerben, ist deswegen noch kein Fachmann. (*Heiterkeit und Zustimmung.*) So ist die Sache nicht. Ich billige zu, daß einige von diesen Ministern, insbesondere der Herr Bundeskanzler, nicht in den Parteilisten der christlichsozialen Partei eingeschrieben sind. Bei manchen wieder weiß ich es nicht, das spielt auch keine Rolle. Wenn man sich aber das Kabinett ansieht, so hat man doch den Eindruck, daß sehr viele, die bisher die Geschäfte der christlichsozialen Partei nur in ihrem Amte versehen haben, diese Geschäfte nun auch auf der parlamentarischen Tribüne versehen sollen, und diese Herren kann man uns nicht gut als „neutrale Beamte“ einreden.

Es ist auch nicht wahr, was man immer sagt, daß die parlamentarischen Minister der Gewähr einer fachgemäßen und einer reinlichen Verwaltung entbehren und daß die Beamten immer fachgemäß und fehlerlos verwalten. Schauen Sie, meine Herren, wir sind gewiß Ihre Gegner und der Herr Minister Haueis ist bei uns nicht sehr beliebt, das ist ganz selbstverständlich, er ist ein Christlichsozialer, aber niemand von uns wird den Herrn Minister Haueis verdächtigen, daß er diese Holzabstoßungsverträge gemacht hat, niemand wird ihn verdächtigen, daß er auch nur eine Ahnung hat, was in diesen Verträgen und in diesen Akten steht. (*Heiterkeit und Beifall.*) Niemand von uns wird ihn verleumden, daß er im vollen Bewußtsein dessen, was er da unterschreibt, gehandelt hat. (*Heiterkeit.*) Wer hat also diese Holzabstoßungsverträge gemacht? Das müssen doch Beamte im Ackerbauministerium gemacht haben. Sie sehen, die Fehler können auch von Beamten gemacht werden, und ich kann mir ganz gut vorstellen, wenn auch nicht auf Grund der Erfahrungen in der Republik, daß wir einmal einen Ackerbauminister haben, der solche Holzabstoßungsverträge nicht macht, sondern eine reinliche Verwaltung führt und den Staat vor solchen schweren finanziellen Schädigungen bewahrt, während wir wirklich die Erfahrung gemacht haben, daß einige Beamte das zu tun nicht imstande waren. (*Abgeordneter Austerlitz: Was ist mit Stöckler?*) Ich sage ja mit Absicht: Ich kann es mir vorstellen, wenn auch nicht auf Grund der Erfahrungen, die wir in der Republik gemacht haben. (*Heiterkeit.*)

Der frühere Bundesminister Heisl genießt gewiß nicht unser Vertrauen, aber ich muß schon sagen, wenn ich den Minister Heisl mit Rücksicht auf die fachmännischen Kenntnisse und die Berufung als Fachmann mit dem neuen Herrn Minister

Angerer vergleiche, dann bin ich schon etwas im Zweifel, wer mehr Fachmann ist (*Heiterkeit*), und ich möchte mich da nicht ohne weiteres entscheiden. Denn dieses Amt für Handel, Gewerbe, Industrie, öffentliche Bauten, Bergwesen u. dgl. erfordert ja eine so ungeheure Kenntnis des gesamten Wirtschaftslebens, daß gerade die langjährige Tätigkeit in einem Gewerberreferat — und sei sie auch noch so verdienstlich — nicht ohne weiteres zum Titel eines Fachmannes auf diesem Gebiete berechtigt. Es ist nicht immer so, daß jeder, der irgendwo in einem Amt gearbeitet hat und ein guter Christlichsozialer ist und die Geschäfte der Zünftler besorgt, deshalb schon ein ausgezeichnete Fachmann in Handel und Industrie ist. (*Zustimmung.*)

Sie haben als Fachmann und als Pädagogen den Herrn Vizekanzler Breisky berufen. (*Heiterkeit.*) Meine Herren! Ich will dem Vizekanzler Breisky durchaus nicht nahe treten; das liegt mir vollkommen fern. (*Abgeordneter Austerlitz: O ja! — Heiterkeit.*) Persönlich. Aber meine sehr geehrten Herren! Ich glaube, wenn er sich etwas mehr in die Materie vertieft hätte, mit der er da befaßt ist, wenn er diese wichtigste Aufgabe, die seinem Amte heute gestellt ist — die Durchführung der Schulreform —, etwas näher gekannt hätte, so wäre ihm wahrscheinlich dieser Erlass, der vor einigen Tagen hinausgegangen ist, nicht passiert.

Wir haben einen anderen Fachmann für soziale Verwaltung. Unser Freund Hanusch, der seinerzeit als Staatssekretär in das Amt für soziale Verwaltung eingetreten ist, hat sich wahrhaftig nicht als Fachmann aufgespielt. Er ist dort hineingegangen weder als enragerter Politiker noch als enragerter Fachmann und ich glaube nicht, daß irgendeine Zeitung damals ein einziges Wort der Anerkennung über seine bisherige Tätigkeit oder der Hoffnung, daß der Mann dieses Amt verwalten könnte, gesprochen hätte. Und doch glaube ich, daß auch in Ihren Reihen jeder, der seine Tätigkeit verfolgt hat, zugeben wird, daß dieser Staatssekretär mit einer ungeheuren Sachkenntnis, mit einem ungemessenen Fleiße und mit einem bewundernswerten Eifer eine großzügige soziale Reform in diesem Staate inauguriert hat (*lebhafter Beifall*), und daß in der ersten Zeit, in der die Hoffnungen gerade der großen breiten Volksmasse so gering, in der alle Menschen so niedergedrückt und in verzweifelter Stimmung waren, gerade diese Arbeit des Staatssekretärs Hanusch die Hoffnung neu belebt und den Leuten den Ausblick auf eine neue Zukunft eröffnet hat. Er war weder ein Fachmann in Ihrem Sinne, noch war er ein sehr enragerter Politiker, aber er hat sein Amt verstanden.

Sein Nachfolger, der Herr Minister Reisch, wird gewiß auch nicht in der Überzeugung hineingegangen sein, daß er ein hervorragender Fachmann

ist. Und er hat es doch wenigstens verstanden, auf diesem Gebiete nicht zurückzugehen. Und wenn wir ihm auch manchen Vorwurf über das zu machen haben, was er unterlassen hat, so hat man immerhin doch das Gefühl gehabt, daß er als Politiker wenigstens die Machtverhältnisse abzuschätzen weiß und versteht, was er der arbeitenden Bevölkerung zumuten kann und was nicht. Ich bin sehr neugierig, meine Herren, ob sich der neue Bundesminister Pauer in dem Referat für Wohnungsfürsorge wirklich so viel sachmännische Kenntnis angeeignet hat, um das Amt für soziale Verwaltung zu führen und um all den großen Aufgaben gerecht zu werden, die ihm gestellt sind und die auch hier in dem Index des Amtes, der uns vorgelesen worden ist, angeführt sind. Meine Herren! Wir können gerade auf diesem Gebiete auf eine sehr tüchtige und sehr energische Reformarbeit nicht verzichten. Der Herr Bundeskanzler hat uns die Durchführung der Reform der Krankenversicherung versprochen, er hat uns die Sozialversicherung, er hat uns den Ausbau der Jugendfürsorge versprochen, er hat uns angekündigt, daß endlich dem ungeheuren Skandal mit der Rentenzuerkennung an die Invaliden ein Ende gemacht werden soll. Wir nehmen die Regierung da beim Wort und wir müssen darauf bestehen, daß diese Versprechungen ehestens eingelöst werden. Hoffen wir, daß der liebe Gott dem Herrn Minister, wenn er ihn schon zum Amte berufen hat, auch die notwendigen Mitarbeiter gibt, um diese Dinge wirklich durchführen zu können. *(Heiterkeit und Zustimmung.)*

Natürlich, meine Herren, sehr hoch gestellt sind unsere Hoffnungen nicht. Wir wissen: Das Kabinett ist einesteils eingeengt durch zwei Parteien, die durchaus keine Einheit sind. Und so sehr Sie sich jetzt auf dieses Kabinett geeinigt haben: ich möchte nach meinen parlamentarischen Erfahrungen durchaus keine Garantien dafür übernehmen, wie das Verhältnis zwischen Großdeutschen und Christlich-sozialen morgen sein wird *(Heiterkeit)* und welche Differenzen sich bei verschiedenen Fragen in den Auffassungen zeigen werden. Das Kabinett ist natürlich in vielen Dingen durch die Rücksichten auf zwei Parteien sehr gebunden und durch die ganze Lage, in der sich unser Staat befindet, wird es schon großer Anstrengungen bedürfen, um auch nur einen Teil dessen zu verwirklichen, was uns der Herr Bundeskanzler hier angekündigt hat.

Eine der wichtigsten Fragen möchte ich allerdings geradezu voranstellen. Wir brauchen wirklich besseres Brot. Der Herr Bundeskanzler hat auch die Brotfrage betont. Das Brot, das wir heute essen, ist fast ungenießbar, und wenn man solche Dinge im Kriege und in der Nachkriegszeit ertragen hat, so sind sie heute unerträglich, wenn man sieht, daß sich nicht nur in den reichen

Ländern draußen, sondern vor allem andern auch hier in Wien in den Schieberrestaurants und Schieberkaffees *(Zwischenrufe)* die Leute an Rispeln und weißen Semmeln und Salzstangeln vergnügen. Dieser Kontrast zwischen dem Brot, das man der Masse des Volkes gibt, und dem, womit sich die besitzenden Klassen nähren, ist einfach unerträglich. Und wenn man uns sagt, man habe kein Geld, die Brotqualität zu verbessern, wenn man uns sagt, man müsse den Mais hineingeben, man kann den Mais nicht herausnehmen, weil gutes Mehl viel zu teuer wäre, so müssen wir feststellen, daß es gerade die Regierungsparteien waren und vor allem die christlichsoziale Partei, die die Gewinnung der notwendigen finanziellen Mittel durch das Staffellungs-gesetz beharrlich seit Monaten obstruieren *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, daß sich die Herren oder gewisse Schichten von ihnen einfach geweigert haben, dieses Gesetz endlich zu beschließen und damit dem Staate die notwendigen finanziellen Mittel an die Hand zu geben. Der gegenwärtige Zustand ist auf die Dauer absolut unerträglich.

Der Herr Bundeskanzler hat auch mit warmen Worten der Anerkennung der Tätigkeit unseres Bundesheeres, der Wehrmänner, zuletzt bei der Überschwemmungen und auch sonst bei verschiedenen Anlässen gedacht. Er hat dann mit Recht daraus die Verpflichtung des Staates abgeleitet, für das materielle Wohlbefinden unserer Wehrmannschaft zu sorgen. In diesem Zusammenhange möchte ich darauf aufmerksam machen, daß es gewiß notwendig ist, die Wehrmänner vor allem materiell wenigstens so zu stellen, daß sie und ihre Familien leben können, daß aber mindestens ebenso wichtig die Garantie für die Wehrmänner ist, daß sie als Staatsbürger gleichen Rechtes behandelt werden *(Lebhafter Beifall)* und daß insbesondere eine geordnete Fußtispflege gegenüber den Wehrmännern ebenso wichtig ist. Was in der letzten Zeit in dieser Hinsicht gesündigt wurde, ist auf die Dauer einfach unerträglich. Wir haben den Herrn Justizminister und den Herrn Minister für Heereswesen wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht angeht, ganz gewöhnliche Disziplinarvergehen von Wehrmännern, die bei jedem anderen Stande — sei es nun bei der Gendarmerie, der Post oder der Eisenbahn oder was immer für einem Stande — disziplinar geahndet werden, durch die Staatsanwälte den Gerichten auszuliefern und daß diese Gerichte Klassenurteile fällen, die an die schlimmsten Zeiten der alten Monarchie erinnern. *(Lebhafter Beifall.)* Einzelne Kommandanten scheinen es sich sehr bequem machen zu wollen. Wenn sie nicht den Mut haben, selbst eine Strafe zu verhängen, oder wenn sie zu bequem sind, einen Fall eingehend zu untersuchen, überweisen sie ihn einfach den

Gerichten. Und unsere Staatsanwälte — viele von ihnen — leben dahin, wie wenn seit dem Jahre 1914 überhaupt nichts geschehen wäre und wie wenn der tote Buchstabe des alten Militärstrafgesetzes noch so wie seinerzeit bestünde. Das ist ein ganz unerträglicher Zustand in der Rechtspflege, und wir fordern von dem Herrn Bundeskanzler — und wir nehmen ihn beim Wort —, daß diese Reform der Strafrechtspflege und des Disziplinarrechtes der Wehrmänner ehestens durchgeführt werde, weil jeder Tag Verzögerung uns wieder in die Gefahr solcher Tendenzurteile und Klassenurteile gegenüber Wehrmännern bringen kann.

Das führt mich zur Besprechung unserer Justizpflege überhaupt. Der Herr Bundeskanzler hat uns eine Reform des Strafprozesses angekündigt, kriminalpolitische Reformen, Gerichtsentscheidungs-gesetze usw. usw. Wir gehen gar nicht so weit. Wir werden es voll begrüßen, wenn alle diese Reformen durchgeführt werden; was wir aber vor allem wünschen, das ist eine ganz schlichte Belehrung unserer Staatsanwälte und unserer Richter über die Absichten unserer Gesetzgebung und über den schroffen Widerspruch, in dem viele Urteile zu dem Rechtsempfinden unserer Bevölkerung stehen, und eine kurze Belehrung über verschiedene neue Institutionen des Landes, von denen manche Richter noch nichts zu wissen scheinen oder nur dort etwas zu wissen scheinen, wo es ihnen gerade beliebt. Wir machen den Justizminister darauf aufmerksam, daß sich unsere Rechtspflege in großer Gefahr befindet, ja geradezu in der größten Gefahr befindet, in der Gefahr, von den Massen des Volkes nicht mehr als eine Rechtspflege anerkannt zu werden (*lebhafter Beifall und Händeklatschen*), daß sich nicht wenige Richter in der Gefahr befinden, von der Masse des Volkes als Klassenrichter beurteilt zu werden, als Menschen, die gewissen politischen oder sozialen Ideen dienen, statt unabhängig Recht zu sprechen. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*) Das ist, meine Herren, nicht so sehr von unseren, sondern vor allem von Ihrem Standpunkte aus eine ungeheure Gefahr. Dieses Drängen und Treiben in den Massen nach der Wahl der Richter, nach einer gänzlich neuen Organisation der Gerichte ist nicht nur zurückzuführen auf Lehrmeinungen, ist nicht nur zurückzuführen auf die programmatische Überzeugung der meisten der Leute, daß ein Korrelat der Demokratie in der Verwaltung, der Demokratisierung des Staates überhaupt, auch die Demokratisierung der Rechtspflege sei, also die Wahl der Richter, sondern vor allem die Folge der Erkenntnis, daß es nicht wenige Richter gibt, die sich zu Bütteln bestimmter Meinungen und Richtungen, statt zur Pflege des Rechtes, hergeben (*Beifall und Händeklatschen.*) Anders ist es ja gar nicht zu erklären, wenn man manche dieser Urteile

liest, die in der letzten Zeit gesprochen worden sind. Ich bitte, dieses Urteil, über den Betriebsrat, der angeblich eine Ehrenbeleidigung dadurch begangen hat, daß er eine Anzeige erstattet hat! Ob das wirklich eine Ehrenbeleidigung war oder nicht, das will ich heute gar nicht untersuchen, ob der Mann zu Recht oder Unrecht schuldig gesprochen wurde, das will ich auch nicht untersuchen, aber was soll man von einem Gericht sagen, das für eine solche Ehrenbeleidigung über den Mann eine Arreststrafe von drei Monaten verhängt? (*Hört!*) In einem solchen Falle müssen die Leute glauben, der Mann ist deshalb verurteilt worden, weil er ein Betriebsrat ist. Ja, was sollen sie denn anders sagen, wenn er weder bedingt verurteilt wird, noch zu einer Strafe, die in solchen Fällen gewöhnlich ist? Was sollen denn die Leute von den Gerichten glauben, die diesen Betriebsrat wegen einer Ehrenbeleidigung auf drei Monate einsperren, während sie den Obersten Wolf, der zur Tötung und Ermordung von Menschen aufreizt, zwar verurteilen und schuldig sprechen, dann ihn aber der Begünstigung der bedingten Verurteilung teilhaftig werden lassen! Muß das nicht in der Bevölkerung die Überzeugung wachrufen, daß dieser Monarchist, daß dieser Oberst, der eine solche Beleidigung ausstößt, zwar schuldig ist, aber nicht bestraft werden darf, weil er eben dieser politischen Richtung angehört, während der Betriebsrat wegen Ehrenbeleidigung drei Monate im Arrest brummen muß, weil er Betriebsrat ist. Was soll man sagen, wenn die Bevölkerung heute in den Blättern liest, daß streikende Arbeiter, weil sie einige Fenster eingeschlagen haben — ich gebe zu, daß das ein Delikt ist —, zu drei Monaten verurteilt worden sind, Kellner, während die Gastwirte, die Unternehmer, die sich einer körperlichen Beschädigung schuldig gemacht haben, einfach mit ganz geringfügigen Strafen belegt werden? (*Abgeordneter Austerlitz: Von demselben Richter!*) Was soll man sagen, wenn diese Arbeiter, die in der Aufregung eines Streiks einige Fenstertafeln einschlagen, zu drei Monaten verurteilt werden, während auf der andern Seite diejenigen, denen irgendein Schauspiel nicht gefällt, die deshalb einen Rummel veranstalten und das gleiche Delikt begehen, gleichfalls Fenster einschlagen und dabei noch Menschen gefährden, mit ganz geringfügigen Strafen belegt werden? Man könnte die Reihe dieser Urteile noch stundenlang fortführen, um zu zeigen, daß ein unhaltbarer Zustand in unserer Rechtspflege ist.

Man wende mir nicht ein, wir können die Unabhängigkeit der Richter nicht entbehren. Das wissen wir ja alle sehr gut. Die Unabhängigkeit der Richter in allen Ehren, aber wir müssen Wege finden, um gleiches Recht für alle Menschen zu schaffen, und wir müssen Wege finden — und

das ist die Aufgabe einer klugen Justizverwaltung —, um die Bevölkerung dahin zu bringen, daß sie in dem Richter ein unbefangenes Organ des gleichen Rechtes für alle Staatsbürger erblickt. (*Lebhafter Beifall.*) Das wird eine der wichtigsten Aufgaben der Justiz bis zu dem Momente sein, wo man durch eine selbstverständliche Reform zur Wahl der Richter kommt.

Meine Herren! Es ist aber auch gar nicht so, daß es sich immer nur um die Unabhängigkeit der Richter handelt, auch die Tätigkeit unserer Staatsanwälte, die direkt der Regierung unterstehen, läßt manches zu wünschen übrig und auch ein anderer Zweig unserer Gerichtsverwaltung. Mit Recht ist heute im Hauptausschusse gelegentlich der Debatte über diese vier Milliarden Tabaksteuer, die Sie da einführen wollen, darauf verwiesen worden, daß man diese jüngst entdeckten Schleichhändler, die großen Millionenschleichhändler, wie Herrn Reiß, einfach auf freien Fuß gesetzt hat, während man einen ganz kleinen Schleichhändler, der vielleicht einige Tausend Kronen verdient hat, — das ist übrigens auch noch nicht festgestellt, der also nur unter Anklage steht — einen Werkmeister, ruhig in der Untersuchungshaft weiter brummen läßt. Entweder ist man der Ansicht, daß die Untersuchungshaft aufzuheben sei oder nicht, aber in keinem Falle geht es an, in der Bevölkerung den Glauben zu erwecken, daß einer nur ein Millionenschwindler zu sein braucht, um alle Begünstigungen des Rechtes zu finden, während er als ein armer Teufel mit der ganzen Strenge und Härte des Gesetzes und der Justizverwaltung zu rechnen hat. Das ist das wichtigste, was wir von der Justizverwaltung verlangen: unpolitisch, unbefangen, ohne Ansehung der Person!

Meine Herren! Der Herr Bundeskanzler hat uns eine ziemlich umfangreiche Liste der künftigen Aufgaben der Regierung vorgelesen. Wir werden abwarten, was von den Dingen wirklich geschieht. Wenn Sie zum großen Teil Beamte in diese Regierung berufen haben, so sind sie gewiß nicht berufen worden, weil man die Verwaltung entpolitisieren will. Die christlichsoziale Partei hat ja ganz offen bekannt, daß sie eigentlich eine Gegnerin des Beamtenkabinetts ist und sie ist ganz vernünftigerweise auf dem Standpunkte gestanden, daß in einem demokratischen Staate die herrschende Partei die Verwaltung zu führen und die Regierung zu übernehmen hat und die Beamten die fachmännischen Berater und Helfer der jeweiligen Regierung sein sollen. Die Großdeutsche Partei hat sich eingebildet, sie werde einen besonders schlaunen Schachzug führen, wenn sie diese Regierungsbildung durchkreuzt und darauf besteht, daß unbefangene Beamte diese Ministerien übernehmen sollen, daß man also das Kabinett entpolitisiert. Ich möchte die neuen Mit-

glieder der Regierung nicht auf Herz und Nieren prüfen und nicht genau ihre Parteizugehörigkeit feststellen, ich glaube, man würde bei dem einen oder andern vielleicht finden, daß er noch viel schwärzer ist als der schwärzeste Christlichsoziale (*Heiterkeit*) und daß er vielleicht noch mehr Monarchist ist als der monarchistischste Christlichsoziale. Ich glaube also, die Großdeutsche Partei hat da keine sehr kluge Politik gemacht, mindestens keine nach ihrem Programm, und sie mußte sich dann, nachdem das Prinzip der Beamtenregierung anerkannt war, damit abfinden, daß man ihr jetzt Christlichsoziale in der Gestalt der unbefangenen Beamten präsentiert hat. Für uns ist es vollkommen gleichgültig; wir betrachten die Herren als Exponenten der Mehrheit des Hauses, als Exponenten einer Koalition von Großdeutschen und Christlichsozialen, einer Koalition der bürgerlichen Parteien überhaupt.

Wir wissen, daß Sie Beamte wählen, wenn Sie nicht den Mut aufbringen, die Dinge selbst zu verantworten und das gilt ja besonders von der Großdeutschen Partei. Die Täuschung, daß man hier einfach Beamte verwalten läßt, wird Ihnen bei niemandem gelingen, der die Bildung dieser Regierung in ihren Einzelheiten verfolgt hat. Jeder, der da weiß, wie sie zustande gekommen ist, weiß auch, daß sie einfach eine christlichsoziale Regierung ist mit vielleicht zwei deutschnationalen Vertrauensmännern, damit auch für die Großdeutschen und für die Bauernpartei irgend etwas getan ist. Eine wirkliche Beamtenregierung ist ja bei uns unmöglich.

Es gibt daher auch keine großen Hoffnungen bei denjenigen Volksmassen, die mit Recht verlangen könnten, daß von einer neuen Regierung neue Wege gegangen werden und daß endlich ein Lichtblick in ihr trauriges Dasein kommt. Wir wissen, auf Grund der letzten Wahlen sind wir verdammt, zur führenden Partei eine Partei zu haben, die nicht nur keine besonderen fachlichen Fähigkeiten entwickelt, sondern der vor allem anderen auch die innere Konsolidation fehlt, um wirklich als führende Partei im Staate wirken zu können. Wir wissen, daß die Mehrheit dieser Partei durch den Hinzutritt der mit ihr koalitierten Parteien, der Großdeutschen und der Bauernpartei, nicht viel besser geworden ist und daß wir daher nichts zu hoffen haben. Wir können uns nur aus der praktischen Belehrung etwas erhoffen, die den Volksmassen durch die Wirksamkeit dieser Regierung zuteil wird, wir können uns nur etwas von der praktischen Belehrung erhoffen, die aus dem Vergleiche zwischen den Versprechungen, die Sie gemacht haben, Ihrer Kritik der früheren Regierung und dem ersieht, was von Ihrer Regierung geleistet worden ist und noch geleistet wird. Wir können nur hoffen, daß die großen Massen durch eine genaue Beobachtung und durch eine genaue Gegenüberstellung dieser Versprechungen und ihrer

Erfüllungen zur Erkenntnis kommen, wo ihr Interesse liegt. Wir werden Ihnen niemals die Befähigten streitig machen, wir werden Ihnen niemals die Ausbeuter aller Stände streitig machen, wir werden Ihnen niemals streitig machen, daß zu Ihnen diejenigen gehören, die von der Arbeit anderer leben, aber wir hoffen, daß jene großen Massen geistiger und manueller Arbeiter, die von Ihren Versprechungen verführt bei den letzten Wahlen für Sie gestimmt und Sie als die berufene Partei, diesen Staat zu regieren, bezeichnet haben, aus der praktischen Beobachtung Ihrer Tätigkeit die Erkenntnis ihres Irrtums schöpfen und künftighin die Konsequenzen daraus ziehen. Das wird nicht schnell gehen, das wissen wir schon.

Wenn man uns in den bürgerlichen Kreisen immer vorwirft, wir stehen höhnisch daneben, freuen uns und erklären uns unbeteiligt, so können wir demgegenüber nur immer wieder erklären: Es ist eben anders nicht möglich; die Sozialdemokratie kann entweder regieren und führen oder sie kann nicht regieren und führen. Heute kann sie es nicht, weil sie die Stimmen dazu nicht hat. Die arbeitenden Menschen müssen sich bescheiden, von ihren Klassegegnern bis zu dem Augenblicke regiert zu werden, da die Massen der arbeitenden Menschen ihren Irrtum erkennen, ihren Fehler gutmachen und diejenigen berufen, die wirkliche Vertreter ihrer Klasseninteressen sind. *(Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Seipel.

Abgeordneter Dr. **Seipel:** Hohes Haus! Der Redner der Opposition, Abgeordneter Seiz, hat geglaubt, der gegenwärtigen Regierung, die wir gestern gewählt haben, etwas recht übles antun zu können, wenn er ihr nachsagte, sie hätte dasselbe Programm wie die frühere und es sei eigentlich nur eine verkappte Wiederkehr der Regierung Mayr. Ich habe bei dem größten Teil der Rede des Abgeordneten Seiz den Eindruck gehabt, daß sie auch nur die Wiederkehr eines alten längst Dagewesenen ist. Neu ist in dieser Rede nicht viel. Wir haben das meiste schon sehr oft gehört. *(Sehr richtig!)* Und es muß einen konservativ gerichteten Menschen, wie mich, im Herzen freuen, wenn er sieht, wie sich in dieser Republik Traditionen bilden, Traditionen, die sich sogar darin äußern, daß bei verschiedenen Gelegenheiten fast dieselben Reden wieder gehalten werden. Besonders eines hat mich als etwas schon längst Bekanntes sehr angeheimelt, wie nämlich der Abgeordnete Seiz mit einer Methode, die nur ihm und seiner Partei eigen zu sein scheint, als er die neue Regierung besprach, an den Personen herumnörgelte und herumspöttelte, aber sachlich eigentlich

nicht viel vorzubringen hatte. *(Sehr richtig!)* Da ich aber nicht gewohnt bin, zu verallgemeinern und etwas, was ich einmal ausgesprochen habe, um jeden Preis weiterzuverfolgen, will ich dem Abgeordneten Seiz doch gerecht werden.

Es war schon etwas Neues und Überraschendes in seiner Rede, wenn auch nicht viel. Dieses Überraschende scheint aber nur Gedächtnisfehlern zuzuschreiben zu sein. Wenn er zum Beispiel dem abgegangenen Bundeskanzler Knechtzeligkeit nachsagte, scheint er sich im Namen des Kanzlers etwas geirrt *(Rufe: So ist es!)* und vergessen zu haben, daß der Beiname des Knechtzels einem anderen österreichischen Kanzler für immer zugeschrieben ist *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, der hier von der Stelle aus, von der heute der neue Bundeskanzler gesprochen hat, einmal in einer Devotion, die ihresgleichen sucht, vom großen Clemenceau geredet hat, und zwar nicht in einer Zeit, in der eine Hilfsaktion von draußen in Aussicht stand, sondern in der uns der übermüdete Sieger den Fuß auf den Nacken gesetzt und jenen Friedensvertrag aufgezwungen hat, unter dem wir alle jetzt noch leiden. *(Sehr richtig!)*

Hohes Haus! Mein Vorredner hat untersucht, was an der gegenwärtigen Regierung Altes und was Neues an ihr ist. Lassen Sie mich ein wenig auf diesem Wege weiterwandeln. Abgeordneter Seiz hat gesagt, daß das Programm, das uns der Herr Bundeskanzler Schober vorgetragen hat, eigentlich das christlichsoziale Programm ist. Ich darf in diesem Augenblicke daran erinnern, daß die Regierung, die gestern von ihrem Amte Abschied genommen hat, unter Umständen das Amt verlassen hat, wie wohl noch nie eine andere Regierung. Sie ist nicht über ihre Fehler gestürzt, sie ist nicht deswegen aus dem Amte geschickt worden, weil sich die Politik, die sie eingeschlagen hat, in den wesentlichsten Punkten als unrichtig erwiesen hätte, sondern sie ist gegangen, weil sie mit Konsequenz an ihrer Politik festhielt, weil sie für diese Politik unter denen, die seinerzeit diese Regierung gewählt hatten und berufen gewesen wären, sie zu unterstützen, im Augenblicke noch nicht den nötigen Rückhalt gefunden hat. Sie ist gegangen, um gerade dadurch, daß sie gegangen ist, dem Staate die Möglichkeit zu schaffen, eine neue Regierungsmehrheit zu bilden, die sich — und das ist der überraschende Erfolg der Regierung Mayr, ein Erfolg, den sie noch im Augenblicke ihres Abganges erzielt hat —, die sich dann im wesentlichen restlos auf den Boden ihrer eigenen Politik stellt.

In der Öffentlichkeit ist jene kurze Punktation schon bekannt geworden, welche die Grundlage für die neue Regierungsmehrheit in diesem Hause bildet. Lassen Sie mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, dennoch diese drei kurzen Punkte auch hier

wiederholen, weil es mir doch wertvoll zu sein scheint, daß sie auch in den Protokollen dieses Hauses verewigt seien. Die drei Parteien, die sich zur Wahl der Regierung zusammengeschlossen haben, vereinbarten miteinander:

1. Die Regierung wird die von der Finanzkommission des Völkerbundes in Aussicht gestellte Sanierungsaktion durchführen und die die Regierung wählenden Parteien werden sie entsprechend den von ihnen gegenüber den Völkerbundsdelegierten übernommenen Verpflichtungen unterstützen, wobei vorausgesetzt wird, daß die Entscheidung über die Kredithilfe spätestens im Herbst laufenden Jahres erfolgt;

2. die Parteien gewährleisten das Unterbleiben weiterer Anschlußabstimmungen für die Dauer der durch Punkt 1 geschaffenen Vereinbarungen;

3. wenn der steirische Landtag seinen Beschluß auf Einleitung der Anschlußabstimmung aufhebt, so bleiben die in den vorstehenden Punkten enthaltenen Vereinbarungen hiedurch unberührt.

Hohes Haus! Die christlichsoziale Partei, die gestern eine Regierung, die zum großen Teil aus ihren parlamentarischen Parteimännern gebildet war, gehen sah, hat dafür die Genugtuung, daß sie jene Partei ist, die das Wort von der Notwendigkeit einer Gegenwarts politik, das ich heute mit Befriedigung auch in den Ausführungen des neuen Bundeskanzlers vernommen habe, zuerst ausgesprochen und festgehalten hat, und daß sich die anderen Parteien des Hauses, wenn auch eine aus rein parteipolitischen Gründen ihre Stellung als Opposition nicht aufgeben will, doch dieser notwendigen Gegenwarts politik anschließen. Ich möchte dies hier nachdrücklich betonen, damit jene Kreise, die von außen her, außerhalb dieses Hauses und außerhalb unseres Landes, auf uns blicken und sich jetzt die Frage stellen, ob durch den Wechsel in der Regierung Österreichs vielleicht auch ein System- und ein Kurswechsel eingetreten ist, sehen, daß es nicht der Fall ist. Und wenn trotzdem, weil sich auch in unserer Partei ein Teil zuerst hat mitreißen lassen, zu glauben, es könnte durch eine Zukunftspolitik rasch eine große Veränderung in der Stellung unseres Staates herbeigeführt werden, die von einem Parlamentarier aus unserer Partei geführte Regierung gegangen ist und einer anderen Platz gemacht hat, so haben wir dazu unsere Zustimmung gegeben und haben unsere Parteifreunde, die früher in der Regierung gewesen sind, gleichfalls ihre Zustimmung erteilt, weil uns eben mehr daran liegt, daß in diesem Staate gegenwärtig jene von uns schon seit langem verfolgte Politik fortgeführt werde, als daß wir gerade unsere Parteimänner auf den Ministersejeln sitzen haben. *(Zustimmung.)* Daß unsere Parteigenossen, die bisher ihre Plätze, so gut sie es vermochten,

ausgefüllt haben, keine Kleber sind, das haben sie durch ihr Verhalten bewiesen. *(Sehr richtig!)* Das also, meine Herren, ist das Alte, und es ist richtig, in dieser Beziehung hat sich nichts geändert.

Vielleicht hat sich auch in anderer Beziehung, in bezug auf die programmatischen Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers gesprochen, nicht sehr viel geändert. Wir müssen zugeben, daß manches, was sich die frühere Regierung seinerzeit vorgenommen hat, auch jetzt wieder unter dem steht, was beabsichtigt ist und angestrebt wird. Gewiß, meine sehr geehrten Frauen und Herren, wir haben uns seinerzeit, als die letzte Regierung gebildet wurde, gedacht, es würde manches von dem, was damals im Regierungsprogramm stand, rascher erfüllt werden können. Wir haben größere Hoffnungen gehabt, wir sind Optimisten gewesen; wir schämten uns dessen nicht. Wir sind ja immer auf dem Standpunkte gewesen, daß wir für das Volk in diesem Staate zu wirken haben und daß es daher unsere Pflicht ist, an der Hoffnung festzuhalten und unserem Volke Mut zu machen. Freilich, es ist nicht alles so in Erfüllung gegangen, wie wir es gewünscht haben. *(Abgeordneter Schiegl: Gar nichts!)* Wenn der Zwischenruf gemacht wurde, es ist überhaupt nichts geschehen, so erinnere ich daran, welcher große Unterschied zwischen der damaligen außenpolitischen Stellung unseres Staates und der jetzigen ist. *(Lebhafter Beifall. — Zwischenrufe.)* Damals hatten wir eine äußere Politik, die in einer Zickzacklinie hin und her ging, in der bald dahin, bald dorthin eine Orientierung erfolgte. Es ist das Verdienst des gewesenen Bundeskanzler Dr. Mayr *(lebhafter Beifall)*, daß er in bescheidener, ruhiger und beharrlicher Arbeit die äußere Politik unseres Staates in eine bestimmte Linie gelenkt hat. Es war nicht seine Schuld und es ist nicht unsere Schuld, daß wir die politische, soziale und wirtschaftliche Not unseres Staates mit unseren eigenen Mitteln allein nicht beheben können. *(Abgeordneter Schiegl: Zuerst war es aber versprochen worden!)* Es ist seit Monaten ein beliebter Gegenstand der Reden für die Herren der Opposition, in diesem Hause zu zitieren, was ich oder einer meiner Parteigenossen bei irgendeiner früheren Gelegenheit gesagt, angekündigt oder, wie man sagt, versprochen hätten. Man macht sich dort — und das ist von der Opposition äußerst liebenswürdig — sichtbar Sorge, daß unsere christlichsozialen Wähler an uns christlichsozialen Führern wegen der nicht erfüllten Versprechungen irre werden könnten. Ich habe bisher nichts davon bemerkt und jenen von Ihnen, die so besorgt sind, daß sie irgendeinmal in die Notwendigkeit versetzt sein könnten, mit anderen Christlichsozialen als mit mir und meinen Freunden zu verhandeln, kann ich sagen, die Gefahr ist nicht so groß. Denn unsere Wähler haben immer verstanden,

welcher Unterschied zwischen Versprechungen und Ankündigungen von Absichten ist. Unsere Wähler haben doch noch ein besseres Gedächtnis als Sie, die Sie immer eine oder die andere Bedingung vergessen — ich bin ja höflich und sage nur vergessen und nicht unterschlagen —, die wir hinzugefügt haben.

In dieser Beziehung habe ich einen Fortschritt beim Herrn Abgeordneten Seitz heute gegenüber seinen früheren Reden mit demselben Inhalt bemerkt. Das letztemal hat er noch davon gesprochen, ich hätte angekündigt, in den ersten Monaten dieses Jahres würde die Valuta stabilisiert werden — heute hat er sich versprochen und gesagt, in den ersten Tagen, das will ich ihm nicht antreiben —, aber heute hat er sich schon erinnert, daß ich eine Bedingung hinzugefügt habe, nämlich die Bedingung: wenn von der Opposition die darauf gerichtete Arbeit der Regierung nicht sabotiert wird. *(Zwischenrufe.)* Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Daß durch Monate hindurch Ihre Politik nicht darauf gerichtet war, dem Staate und dem notleidenden Volke mitaufzuhelfen, sondern ausschließlich rasch zu zeigen, daß die Christlichsozialen auch nichts können, das haben Ihre Redner oft genug gesagt, das ist Tatsache. Wir könnten ziemlich genau den Zeitpunkt feststellen, in dem Sie sich gesagt haben: es geht doch nicht so schnell abwärts mit den Christlichsozialen. Dann haben sie von der Sabotagepolitik etwas nachgelassen. *(Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Wann war das?)* Es muß so um Weihnachten oder Neujahr gewesen sein.

Nun, meine sehr geehrten Frauen und Herren, aber ganz gebessert hat sich das Gedächtnis des Herrn Abgeordneten Seitz doch noch nicht, denn dazu ist er noch nicht gekommen, auch zuzugeben, daß ich immer auch eine zweite Bedingung hinzugefügt habe, nämlich die Bedingung, mit allen Aktionen wirtschaftlicher Selbsthilfe müsse die längst versprochene Hilfe von außen Hand in Hand gehen. Was in dieser Beziehung erreichbar war, das hat unser gewesener Bundeskanzler mit seinen Ministerkollegen wirklich erreicht. Während damals noch viele Mitglieder dieses hohen Hauses uns nur verhöhnten, wenn wir überhaupt nur eine Hoffnung auf eine Hilfe von außen aussprachen, ist es jetzt anders. Jetzt steht eigentlich das ganze Haus auf dem Boden der Vereinbarungen zwischen den Parteien, die die Regierung gewählt haben, und Sie geben zu, daß es doch einen Sinn hat, diese Art von Gegenwarts politik zu machen. Wir können sogar schon die Zeit nach Monaten abschätzen, in der wir bestimmt sehen werden, ob uns auf dem Wege über den Völkerbund Hilfe zuteil werden wird oder nicht. Allerdings stehe ich heute so wie damals auf dem Standpunkte, daß ich die Hoffnung unserer Bevölkerung nicht nur auf die Hilfe aus dem Aus-

lande allein gerichtet sehen mag. Ich weiß, daß bei uns vieles geschehen muß, daß ein großer Opferwille des Volkes dazu gehört, daß auch eine angestrenzte, energische, initiativ Tätigkeit der Regierung notwendig ist, wenn uns wirklich aufgeholfen werden soll.

Was ist nun aber Neues an der neuen Regierung und was gibt es Neues an den Bedingungen dafür, daß sie raschere Erfolge werde herbeiführen können als ihre Vorgänger? Sie alle wissen, welche die Grundlagen der früheren Regierung gewesen sind. Die letzten Wahlen für den Nationalrat haben die Sozialdemokratie aus der Stellung der stärksten Partei verdrängt und an diese Stelle die christlichsoziale Partei gesetzt. Jeder von Ihnen, der an den Verhandlungen, die seitdem geführt worden sind, um eine Regierung zu bilden, damals und jetzt wieder teilgenommen hat, weiß es, daß wir in jedem Augenblick bereit gewesen sind, mit den Parteien dieses Hauses zusammenzuarbeiten. Als wir das Resultat der Wahlen gesehen hatten, wußten wir, was unsere Pflicht ist: Mitzutun bei der Regierungsbildung, die Verantwortung mitzutragen. Wir sind — das stelle ich heute fest — seit dem Zusammenbruch des alten Staates, seitdem es eine Provisorische oder konstituierende Nationalversammlung oder einen Nationalrat gegeben hat, die einzige Partei, die sich niemals der Verantwortung entzog. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Daß wir damit parteimäßig auch zu Schaden kommen konnten, wußten wir; aber, meine sehr geehrten Frauen und Herren, wir haben nicht umsonst so oft den Ausdruck gebraucht, daß wir überzeugt sind, es müsse Staatspolitik über Parteipolitik gestellt werden. Seinerzeit ist von der Opposition viel über diesen unseren Grundsatz gespottet worden; der Spott hat aber nachgelassen, man sieht es doch allmählich ein, daß es so sein muß. Auch jetzt, meine sehr geehrten Frauen und Herren, entzieht sich unsere Partei nicht der Verantwortung. Sie wissen, daß wir nicht deswegen uns jetzt bereit gefunden haben, eine sogenannte neutrale oder Sachmännerregierung zu bilden, weil wir nicht weiter die Verantwortung tragen wollen. Wir waren Regierungspartei und wir sind auch gegenüber der neuen Regierung Regierungspartei. Wir waren sogar bereit, als die anderen Parteien nicht darauf eingehen zu wollen schienen, mit uns dem Staate eine Regierung zu geben, sie allein zu bilden, wenn man uns es nur ermöglicht hätte.

Und nun, meine sehr geehrten Frauen und Herren, hat sich allerdings eine große Veränderung vollzogen. Die Großdeutsche Volkspartei, die die alte Regierung freilich auch mitgewählt, aber sich ihr gegenüber die Politik der freien Hand vorbehalten hatte, hat ihre Politik geändert. Sie hat ihre

Bedingungen dafür gestellt, sie hat uns gesagt, daß sie selbst zu einer Regierungspartei nur werden könne, wenn das Kabinett nicht der überwiegenden Mehrzahl nach aus christlichsozialen Parteimännern bestehe. Wir haben das Angebot gehört. Glauben Sie uns: Wir hätten ganz gewiß Gründe und Vorwände genug finden können, ihm auszuweichen, wenn wir um jeden Preis nur unsere Parteigenossen auf die Ministerseffel hätten setzen wollen. Wir hätten es ja so weit treiben können, daß vor der Öffentlichkeit hätte erklärt werden müssen: das Parlament in seiner jetzigen Zusammensetzung sei nicht fähig, eine Regierung zu bilden. Wir hätten die Verantwortung für das Scheitern des parlamentarischen Regimes leicht den anderen Parteien zuschieben können. Wir haben uns aber gesagt, die politische Situation erlaube uns eine solche Parteipolitik nicht. Vielleicht haben wir, meine sehr geehrten Frauen und Herren, vom parteipolitischen Standpunkt aus falsch gehandelt. Vielleicht leidet unsere Partei darunter Schaden, daß wir auch jetzt noch die Verantwortung mit übernehmen und daß wir diese Art von Regierung bilden. Vielleicht! Wenn es so ist, so werden wir es tragen, wenn nur der Staat und das Volk nicht darunter Schaden leidet. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Wir haben es ganz besonders aus dem Grund nicht dazu treiben wollen, daß der Nationalrat als unfähig dagestanden wäre, überhaupt eine Regierung zustande zu bringen, weil wir noch immer an die Rettungsmöglichkeit für unser Österreich glauben und ich freue mich, daß auch der neue Herr Bundeskanzler Worte der Hoffnung und der Ermutigung gesprochen hat. Gerade dieser Optimismus, den er in seinen programmatischen Worten geäußert hat, wird ihn befähigen, das zu leisten, was wir alle von ihm erwarten und ihm wünschen. Wir haben uns gedacht, in einer Zeit, in der die Sanierungsaktion mit Hilfe des Völkerbundes durch den gewesenen Bundeskanzler so glücklich eingeleitet ist, dürfe unser Staat nicht ohne Regierung dastehen und nicht in die Wirren von Neuwahlen hineingedrängt werden. Deswegen haben wir die neue Regierung mitgewählt.

Es wird sehr viel für ihr Geschick und für das Geschick unseres Staates und Volkes in den nächsten Monaten davon abhängen, wie sehr es den Parteien, die sich zur Wahl der Regierung vereinigt haben, gelingen wird, auch einig zu bleiben und auch gemeinsam in der Richtung auf dasselbe Ziel hinarbeiten. Gewiß, hohes Haus, es bestehen Gefahren, es sind vielleicht Befürchtungen berechtigt. Wir haben in der Vergangenheit eine allzu lose Arbeitsgemeinschaft gehabt. Die Großdeutsche Volkspartei und die Deutsche Bauernpartei haben sich eine Politik der freien Hand vorbehalten gehabt und wir haben bei einigen Gelegenheiten diese „freie Hand“ zu spüren bekommen. Wenn wir in

der Vergangenheit gleichzeitig den Kampf gegen zwei Fronten zu führen hatten — gegen die erklärte Opposition und in gewissen Fällen auch gegen die Partei, die mit uns in Arbeitsgemeinschaft sein sollte —, so hoffen wir, daß nunmehr die drei Parteien, die jetzt miteinander vereinigt, weiterarbeiten sollen, aus der Vergangenheit etwas gelernt haben. Vielleicht ist es gut, so wie es gekommen ist, daß wir in der ersten Zeit es versucht haben, eine losere Arbeitsgemeinschaft ohne ein eng umschriebenes Arbeitsprogramm miteinander zu führen. Vielleicht führt uns das noch um so fester zueinander hin, so daß wir für die Zeit, für die wir die Vereinbarungen geschlossen haben, es nun wirklich der gegenwärtigen Regierung ermöglichen, stärker zu sein und auch mehr positive Erfolge zu erzielen, als es der vergangenen Regierung möglich gewesen ist. *(Bravo!)*

Nun, meine sehr verehrten Frauen und Herren, sind zum größten Teil die Personen, die in der gegenwärtigen Regierung sind. Wir haben niemals ein Vorurteil gegen bewährte Beamte gehabt, wir haben immer geglaubt, daß es auch in der demokratischen Republik eine Regierung aus Fachmännern geben kann, die nicht dem Parlament entnommen sind. Darin hat sich ja der Herr Abgeordnete Seitz geirrt, wenn er vorhin behauptete, nach unserer Verfassung müsse die Mehrheit des Hauses aus sich heraus die Regierung bilden. Die Regierung muß von der Mehrheit des Hauses, aber sie muß nicht aus ihr gewählt werden. Wir verlangen von den Fachmännern, die, ohne Parlamentarier zu sein, jetzt in der Regierung sitzen, nicht, daß sie unseren Staat ausschließlich christlichsozial verwalten und regieren. Daß dies derzeit nicht möglich ist, wissen wir, weil wir eben nicht die Mehrheit in diesem Hause haben. *(Zwischenrufe.)* Aber wir erwarten und verlangen von ihnen, daß sie dem Staat überhaupt gut verwalten und regieren und daß sie in der Verwaltung eine feste Hand zeigen, daß sie die Kenntnisse, die sie aus ihrer bisherigen Tätigkeit mitbringen, in den Dienst des Staates stellen. Gewiß, manches wird wieder ein Parlamentarier besser und leichter machen können. Es wird wohl auch wieder die Zeit kommen, in der es das hohe Haus mit einem parlamentarischen Kabinett versuchen wird. In der Gegenwart setzen wir unser Vertrauen auf den neuen Bundeskanzler und seine Mitarbeiter. Wir haben in diese Regierung auch je einen Parlamentarier der Großdeutschen Volkspartei und der christlichsozialen Partei hineingeschickt. Wir haben das deswegen getan, weil der neue Bundeskanzler selbst den Wunsch nach einer solchen Verstärkung seiner Regierung geäußert hat. Wir hätten es gerne gesehen, wenn auch die dritte Partei, die freilich der Zahl nach kleiner ist, als die andern, die Deutsche Bauernpartei, ihren Vertreter in die

Regierung entsandt hätte. Wir haben uns aber... (Abgeordneter Glöckel: Und Czernin?) Der Abgeordnete Czernin hat meines Wissens die Regierung nicht mitgewählt. (Heiterkeit und Zwischenrufe.) Wir hätten es ganz gerne gesehen, wir haben uns aber schließlich damit begnügt, daß auch diese Partei sich nicht etwa auf den Grundsatz einer Politik der freien Hand festgelegt, sondern versprochen hat, zufrieden zu sein, wenn sie in anderer Weise die nötigen Informationen durch die Regierung erhält und ihr die Gelegenheit geboten wird, auch dem Kabinett ihre Ratschläge und Wünsche zur Kenntnis zu bringen.

So haben wir denn wirklich etwas Neues in diesem Hause, wir haben eine Regierungsmehrheit, bestehend aus drei Parteien, die über die überwiegende Mehrheit in diesem Hause verfügen, so daß wir nicht auf eine Zufallsmajorität bei dieser oder jener Abstimmung angewiesen sind, und das, meine sehr geehrten Frauen und Herren, kann sich in Zukunft gerade dadurch bewähren, daß der Regierung die Möglichkeit geboten ist, auch rascher mit jenen Reformen hervortreten, welche im Innern unseres Staates in Angriff genommen werden müssen, damit eine Hilfe, die uns von auswärts geboten wird, wirklich dem Staate und dem Volke zum Heil und zum dauernden Segen gereiche. (Beifall.)

Ich begrüße namens der stärksten Partei dieses Hauses die neue Regierung und alle ihre Mitglieder, gleichgültig, ob sie unserer Partei sich zuzählen oder nicht, weil ich in ihnen Arbeitswillige sehe. Solche Arbeitswillige brauchen wir auf der Regierungsbank, brauchen wir in allen unseren Staats-, Landes- und Gemeindeämtern und diese Arbeitswilligen brauchen wir in der großen Masse des Volkes. Wenn sich hier für die parlamentarische Arbeit unter allen Parteien viele solche Arbeitswillige finden, dann wird die große Rettungsaktion gelingen. Wir werden nicht eifersüchtig sein, wenn der Bundeskanzler, dem die Erfolge zuteil werden, nicht einer unserer Parlamentarier ist, wenn er nur, wie wir es von unserem gegenwärtigen Bundeskanzler wissen, ein treuer Arbeiter für das Heil unseres Volkes, für die Zukunft Österreichs ist. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Dr. Dinghofer (welcher während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte ist ferner gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Straffner; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Straffner: Hohes Haus! Herr Präsident Sieß hat in seiner Rede bemängelt, daß der gegenwärtige Bundeskanzler eigentlich zu wenig versprochen hat. Ich möchte sagen, gerade das hat mir am Bundeskanzler gefallen, daß er in treuer Pflichterfüllung und bewußt

der großen Verantwortung, die an Versprechungen geknüpft wird, ganz bestimmt nicht mehr versprochen hat, als er jedenfalls halten kann. Wir haben ja seit dem Zusammentritt der Konstituierenden Nationalversammlung sehen können, daß die verschiedenen Regierungen uns Ähnliches versprochen haben, daß nicht alle diese Regierungen ihre Versprechungen einlösen konnten. Obwohl ich zugebe, daß alle diese Regierungen gewiß den ehrlichen Willen hatten, dem Staate zu helfen, ist es dennoch nicht gelungen, den Staat aus der Not und aus dem Elend herauszuführen, und wenn ich heute das Gegenteil sagen würde, so würde mich jedenfalls der gegenwärtige Zustand Lügen strafen, denn seit dem Zusammentritt der Konstituierenden Nationalversammlung bis zum heutigen Tage sind die Verhältnisse wohl nicht von Woche zu Woche, sondern schon von Tag zu Tag schlechter geworden. Man muß sich insofern fragen, wie konnte es denn kommen, daß hier eine ständige Verschlechterung eingetreten ist, und ich erlaube mir, auf diese Frage zu antworten, daß hier anscheinend ein nicht unbedeutender Fehler — nebst andern Fehlern — in dem System zu liegen scheint, das bis jetzt verfolgt worden ist. Ich kann mich noch an die einleitenden Worte der Regierungserklärung des gewesenen Staatskanzlers Dr. Renner erinnern. Er hat erklärt, die gewesene Koalition sei eine Koalition der Arbeiter der Industrie mit den Arbeitern der Landwirtschaft. Er hat damit eigentlich das Richtige gesagt: es soll sich in diesem Staate um eine Klassenpolitik handeln, nicht um eine Politik, die das ganze Volk umschließen soll. Dieses System ist durch den gewesenen Staatskanzler Dr. Renner inaugurirt worden und auf Grund dieses Systems sollte unsere Volkswirtschaft emporgeführt werden, sollte unser politisches Leben gesunden. Auf Grund der Verhältnisse, die wir heute haben, müssen wir wohl sagen, daß dieses System kein Glück gehabt hat, wenn auch bei den Vertretern des Systems — ich erkenne das an — der gute Wille vorhanden gewesen ist. Sie haben gewissermaßen Versuche mit untauglichen Mitteln gemacht. Wir sind der Meinung, daß die Klassenpolitik unmöglich geeignet ist, einen zusammengebrochenen Staat aufzurichten oder einen neuen Staat überhaupt zu schaffen. Wir sind deshalb der Meinung, daß wir der Klassenpolitik unbedingt den Gedanken der Volksgemeinschaft gegenüberzustellen haben, und ich glaube, gerade in einem Zeitpunkt, wo man allgemein von der Völkerveröhnung in der ganzen Welt spricht, wäre es wohl am besten, wenn wir zuerst an die Veröhnung innerhalb des eigenen Volkes denken würden. Wenn uns die Veröhnung der einzelnen Gruppen und Stände innerhalb des eigenen Volkes gelingt, dann, meine sehr Verehrten, glaube ich, können wir auf das Morgenrot einer besseren Zukunft

hoffen. Das ist aber in diesem System, das wir bis jetzt beobachten konnten, nicht enthalten gewesen.

Nur wenige Worte über das, was sich im Laufe der letzten zweieinhalb Jahre eigentlich zgetragen hat. Der Klassenkampf und der Ständekampf, der bei uns auf der Tagesordnung gestanden ist, hat zwischen den einzelnen Teilen unseres werktätigen Volkes gewütet. Er hat eigentlich die einzelnen Gruppen gegeneinander blind gemacht, blind gemacht gegen den gemeinsamen Feind, und die einzelnen Volksteile haben als sich bekriegende Gruppen gegeneinander gewütet. Die Folge dieser Zustände war die Schwächung unserer Volkskraft, die Ablenkung des Volkes von den eigentlichen Feinden, die Vernachlässigung der Erfordernisse der Gesamtheit. Wenn wir uns heute die Wirtschaftslage vor Augen halten, so müssen wir wohl sagen, daß das voll und ganz eingetreten ist und voll und ganz das Ergebnis einer verfehlten Klassenpolitik gewesen ist, denn die Mehrheit des Volkes leidet unter diesem System und ist nahe daran, an diesem System zugrunde zu gehen. Die berufständischen Parteien, die Klassenparteien, müssen, ob sie wollen oder nicht, naturgemäß in Demagogie verfallen und das konnte während der letzten zweieinhalb Jahre sehr genau beobachtet werden. Es werden von den einzelnen Klassen Forderungen aufgestellt — auch das konnten wir schrittweise beobachten —, wobei auf eine andere Klasse keine Rücksicht genommen wird. In unserer ganzen Gesetzgebung zieht sich das fast wie ein roter Faden durch. Es wurden Gesetze geschaffen, die wohl eine wirtschaftliche Besserstellung, sagen wir, der einen Klasse beinhalteten, aber gleichzeitig den Zusammenbruch einer andern Klasse im Gefolge hatten. Es wurden keine Rücksichten auf andere Klassen genommen, es fehlte namentlich derartigen Forderungen der einzelnen Klassen gegenüber an einem Gegengewicht, das die Selbstsucht dieser einzelnen Klassen eindämmen würde. Eigennutz und Machtgier sind eigentlich die typischen Kennzeichen der Klassenpolitik, und je radikaler die Forderungen sind, als desto besser werden sie angesehen. Wenn ich hier, sagen wir, auf die Personen übergehen darf, so gilt wohl innerhalb dieser Politik — und auch das konnten wir selbstverständlich beobachten — selbstverständlich derjenige als der beste und tüchtigste Führer, der die radikalsten Forderungen aufstellt. Im Laufe der Austragung dieser Forderungen kommt es und kam es zu den wilden Parteikämpfen, die unser junges Staatswesen im Laufe der letzten zwei Jahre schwer erschüttert haben. Ersparen Sie es mir, daß ich auf einzelne Beispiele verweise. Tatsache ist aber, daß infolge des Parteikampfes... *(Abgeordneter Schiegl: Und der ländersweisen Abstimmungen!)* Ich werde auch darauf zu sprechen kommen Herr Kollege Schiegl! ..., daß infolge dieser reinen

Partei politik unser Staatsleben, die Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft schwer gelitten hat. Jede Partei, die auf diesem System, auf dem Klassensystem aufbaut, will selbstverständlich Erfolge haben. Es wird dann, da immer und zu jeder Zeit Erfolge eben nicht erreichbar sind, weil übertriebene Forderungen gestellt werden, auf Kosten der Gesamtheit irgendeine Lösung gesucht. Die Interessen des ganzen Volkes leiden darunter und das können wir auch auf Grund der Erfahrungen der letzten zwei Jahre klar feststellen. Da nicht alles in diesem Kampfe erreicht werden konnte, hat sich zum Klassenkampf auch noch der Klassenhaß gesellt, der namentlich von den Führern der Klassenparteien heftig geschürt wurde, damit durch den Klassenhaß die Unfruchtbarkeit der eigenen Politik halbwegs verdeckt werde. Es ist dadurch zu einer Entfremdung der Stände gekommen und es ist ein Verlust des Zusammenhanges aller werktätigen Kreise unserer Bevölkerung eingetreten. Es hat das Volk eigentlich gegen sich selbst gewütet und hat sich in der gegenseitigen Arbeit der Gegnerschaft aufgerieben, während die Feinde des Volkes in diesen zwei Jahren triumphiert haben. Ich erinnere Sie an diejenige Gruppe von Menschen, die wir alle zusammen, das ganze Haus, verurteilt haben, die aber trotz unserer Gesetzgebung, trotz der Bemühungen vielleicht aller Parteien von Tag zu Tag kräftiger und mächtiger geworden ist; erinnern Sie sich an das ganze Schiebertum Österreichs, erinnern Sie sich an alle diese uns volksfremden Gesellen, ob sie aus Galizien oder anderswoher gekommen sind, die schließlich und endlich ihre guten Lehren auch noch auf die arische Bevölkerung Deutschösterreichs übertragen haben. Erinnern Sie sich an all dies und nehmen Sie die ganzen Gruppen zusammen und dann können Sie mit mir sagen, daß, während wir uns im Klassenkampfe aufgerieben haben, die Feinde des deutschösterreichischen Volkes eigentlich triumphiert haben.

Das konnten wir, meine sehr Verehrten, während der Vergangenheit beobachten und wir sagten, es müsse infolgedessen mit diesem System gebrochen werden, es müsse zu einem neuen System geschritten werden. Es ist dieses System bei der Schaffung des ersten Kabinetts Renner in der Konstituierenden Nationalversammlung inaugurirt worden, und wenn später behauptet worden ist, daß die Großdeutschen abseits gestanden seien, gewissermaßen im Schmollwinkel, daß sie ihre Kraft nicht in den Dienst des Wiederaufbaues des Vaterlandes gestellt haben, so ist das unrichtig. Die Großdeutsche Volkspartei ist nie um ihre Mitarbeit angegangen worden, das möchte ich bei dieser Gelegenheit feststellen. Wir haben aber in dem Augenblick, wo es sich zum erstenmal zeigte, daß dieses System ein verfehltes war — das war genau vor einem Jahre —, uns bemüht, einen Ausweg zu zeigen, der uns

aus der Not und aus dem Elend heraushelfen kann und wir haben damals schon ein neutrales Kabinett vorgeschlagen, weil wir uns sagen mußten, auf Grund eines Kabinetts der Parteien wird es wahrscheinlich, nachdem sich die Parteien in den Haaren liegen, zu einer fruchtbringenden Arbeit nicht kommen. Wir haben diese Art der Lösung dann wieder im Herbst des vorigen Jahres vorgeschlagen, als der Nationalrat zu seiner ersten Tagung zusammentrat, und wir haben diese Forderung auch gegenwärtig wiederholt, weil wir der Meinung sind, daß nur auf diesem Wege eine Lösung gefunden werden kann, und daß wir auf diesem Wege eines Kabinetts der neutralen Beamtenschaft mit Hilfe der politischen Parteien zu einer Gesundung kommen können.

Wenn hier vom Herrn Präsidenten Seiz ausgesprochen worden ist, daß schließlich und endlich es neutrale Beamte, objektive Beamte nicht gebe, so glaube ich dem wohl mit Recht entgegenzutreten zu können. Es ist eine alte Tradition im Beamtenkörper, daß man objektiv im Amte und in dem Berufe zu handeln hat, auf den man vom Staate gestellt wird. Es ist ja möglich, daß die Zeiten anders geworden sind, aber im Rahmen der altgedienten und auch der jüngeren Beamtenschaft ist dieses Gefühl der Objektivität vollständig vorhanden und es möge ein günstiges Geschick unsern Staat schützen, daß diese Dinge in unserem Staate einmal anders werden.

Ein zweiter Fehler, der unserem System angehaftet hat und der uns nicht zur Gesundung bringen kann, ist wohl nicht zuletzt auch darin gelegen, daß wir so überaus zuversichtlich waren auf fremde Hilfe. Diese fremde Hilfe hat uns immer vor Augen geschwebt und diese fremde Hilfe hat uns dann in eine gewisse Lethargie versetzt. Wir sagten: Warum soll den eigentlich die Arbeit geleistet werden, wir werden ja doch vom Auslande über Wasser gehalten; und das nicht zuletzt war der Grund, warum in unserem Staate nicht das geleistet wurde, was hätte geleistet werden können. Ich verlasse mich auch heute nicht todsicher auf die ausnärtige Hilfe, ich bin auch heute der Meinung, daß diese auswärtige Hilfe vielleicht noch in Frage steht, weil ich der Ansicht bin, daß sie Deutschösterreich nur dann gewährt wird, wenn man zur Erkenntnis kommt, daß sich Deutschösterreich durch Arbeit, durch viel Arbeit selbst aus den größten Schwierigkeiten herausarbeiten wird. Denn, dem jungen Staate zuliebe wird, glaube ich, eine besondere Hilfe nicht gegeben werden, obwohl auf Grund des Friedensvertrages eine Verpflichtung hiezu bestünde. Den schönen blauen Augen dieses neuen Staates zuliebe wird nicht geholfen werden, sondern man wird helfen, weil man mit Deutschösterreich noch ein Geschäft machen will. (Zustimmung.) Dieses Geschäft läßt sich aber nur

machen, wenn in Deutschösterreich ein anderes System eintritt.

Ich darf aber sagen: Selbst wenn wir unser System vollständig ändern und wenn uns die ausländische Hilfe, obwohl wir nicht allzuviel auf sie gehofft haben, dennoch zuteil wird, so wird diesem Staate doch kaum geholfen werden können, weil ihm meiner Auffassung nach die Grundelemente der Selbständigkeit fehlen. Man hat bei dem Friedensdiktate von Saint-Germain, das wir loyal zu erfüllen bestrebt sind, diesem neuen Staate von vornherein die Lebensmöglichkeit genommen. Man hat dem Fleck Erde, auf dem in dem früheren Österreich Deutsche gewohnt haben, die besten Teile weggenommen und den Rest zur Selbständigkeit verurteilt. Es gibt ja auch in unserem Staate noch Menschen, die an die Möglichkeit der Selbständigkeit Deutschösterreichs glauben. Ich möchte im Gegensatz zu diesen Menschen behaupten, daß diese Anschauung falsch ist, und ich darf mich hier auf einen Gewährsmann berufen, der gewiß in weiten Kreisen des Volkes großes Ansehen und Autorität genießt. Der gegenwärtige Papst hat im Jänner des heurigen Jahres einmal ausgesprochen, daß Deutschösterreich auch ausländische Hilfe nicht dauernd helfen kann, weil eben diesem Staate die Grundelemente der Selbständigkeit fehlen. Ich bin deshalb der Meinung, daß diesem Staate dauernd nur durch den Anschluß an das Deutsche Reich, an das große deutsche Wirtschaftsgebiet geholfen werden kann. (Beifall.) Diese Ansicht ist namentlich in den Ländern vertreten und dieser Wille des Zusammenschlusses mit dem deutschen Brudervolke ist mächtig und laut zum Ausdruck gekommen. Ich möchte die neue Regierung daran erinnern, daß sie gut tut, wenn sie sich stets in engster Fühlung mit dem Volke selbst, mit dem Willen des Volkes hält. Wir haben sehen können, daß politische Parteien trotz der größten Parteidisziplin mit Diktaten Schiffbruch gelitten haben, und ich darf wohl sagen, daß auch Regierungen Schiffbruch leiden könnten, wenn der Volkswille hier so mächtig und laut wird.

In diesem Zusammenhange sei mir gestattet, über das Selbstbestimmungsrecht und über Demokratie zu sprechen, die Grundpfeiler, die zur Aufrichtung unseres Staates geführt haben. Uns ist das Selbstbestimmungsrecht einstweilen vorenthalten. Es muß aber unsere Aufgabe und die Aufgabe der Regierung sein, im Rahmen der gesetzmäßig geschaffenen Körperschaft, im Rahmen des Völkerbundes, das Selbstbestimmungsrecht für Deutschösterreich zu verlangen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit aber auch als Partei betonen, daß wir vor der ganzen Welt das Selbstbestimmungsrecht für jene deutschen Volksgenossen fordern, die auf Grund des Friedensvertrages von Deutschösterreich abgetrennt wurden. Namentlich für meine engeren

Landsleute, für die Südtiroler, wird es eine Erlösung bedeuten, wenn auch ihnen das Selbstbestimmungsrecht gegeben wird. (*Zustimmung.*) Dort, wo auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes schon entschieden worden ist, wie zum Beispiel in Kärnten, möge sich die Welt damit abfinden, daß auf Grund des durchgeführten Selbstbestimmungsrechtes und des klar ausgesprochenen Willens der Bevölkerung eine Änderung nicht mehr möglich ist, soll man nicht direkt an der Weltgerechtigkeit zu zweifeln beginnen.

Und dann bin ich auch noch der Meinung, daß das, was Deutschösterreich auf Grund des Friedensvertrages zugesprochen worden ist, auch tatsächlich gegeben werden muß. Hier bedauere ich, daß man nicht schon früher Mittel und Wege gefunden hat, um die Angliederung Deutsch-Westungarns zu beschleunigen. Ich glaube, es gibt im Rahmen Mitteleuropas Staaten, die gleich uns ein Interesse daran haben, daß der Friede von Trianon ehestens verwirklicht werde.

Nun ein Wort noch über den zweiten Pfeiler, auf dem unser Staatswesen aufgebaut worden ist: die Demokratie. Es ist vom Auslande, beziehungsweise von seinen Vertretern erklärt worden, daß die Ausübung der Demokratie in Deutschösterreich, die Ausübung seines Selbstbestimmungsrechtes ganz Europa wieder in Brand stecken würde. Ich bin der gegenteiligen Meinung. Ich glaube, Europa wird nicht zur Ruhe kommen, bevor das Selbstbestimmungsrecht allen gegeben und allgemein durchgeführt wird. (*Sehr richtig!*) In bezug auf die Demokratie erlaube ich mir zu sagen, daß es wohl der größte Ausdruck der Demokratie ist, wenn das Volk selbst über sein Schicksal entscheidet. Es ist in einzelnen Ländern Deutschösterreichs diese Entscheidung vom Volke selbst gefordert und von ihm gefällt worden, damit dann seinerzeit im Rahmen der völkerrichtlich vorgesehenen Körperschaft dieser Wunsch des Volkes zum Ausdruck gebracht werden kann. Und wenn jetzt die Ententemächte, die ein 600jähriges Reich der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechtes wegen in Trümmer geschlagen haben, erklären sollten, daß Demokratie und Selbstbestimmungsrecht Humbug seien, so halte ich das für unmöglich. Wir wollen an der auf Grundlage der Demokratie festgesetzten Staatsform, die sich der junge Staat Deutschösterreich gegeben hat, unbedingt festhalten. Wir wollen diese Demokratie unter allen Umständen schützen.

Die gegenwärtige Regierung hat durch den Bundeskanzler Schober die Erklärung abgegeben, daß sie Beschützerin dieser unserer Staatsform sein will, daß sie gewissermaßen beitragen will, den roh aufgezimmerten Bau zu stützen, damit er auch Erschütterungen unter Umständen erträgt, und das gerade gilt mir eigentlich als dasjenige, was ich

am meisten schätze: der Schutz unserer gegenwärtigen Staatsform durch die gegenwärtige Regierung. Wir haben, weil wir in dem Bundeskanzler Schober einen Mann gesehen haben, der volle Gewähr dafür bietet, die Regierung nicht nur gewählt, sondern wir werden diese Regierung auch voll und ganz in ihrem Bestreben unterstützen. Wir wollen mit ihr die Wiederaufbauarbeit leisten, die sie sich zum Ziel gesetzt hat. Wir wollen diese Unterstützung solange gewähren, als die Regierung sich treu gegenüber unserem neuen Staat, gegenüber der republikanischen Staatsform stellt. Wir wollen die Regierung stützen, solange sie im Rahmen der Volksgemeinschaft die Rettung des Staates sucht, die Rettung unserer Volkswirtschaft sucht, und wir wollen diese Regierung stützen, solange sie das große Ziel nicht aus den Augen läßt, das uns wirtschaftlich und politisch allein retten kann, solange sie das große Ziel nicht aus den Augen läßt: den Anschluß an das große Deutsche Reich. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident Dr. Dinghofer: Zum Worte ist gemeldet der Herr Abgeordnete Größbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Größbauer: Hohes Haus! Die Deutsche Bauernpartei gibt folgende Erklärung ab:

Der parlamentarische Klub der Deutschen Bauernpartei ist bei den Verhandlungen der letzten Wochen von der Erwägung ausgegangen, daß die Krise eine Lösung finden müsse, die dem neuen Kabinett eine tragfähigere Grundlage bieten soll, als sie das abgetretene Ministerium besaß. Wir verschlossen uns dabei nicht der Notwendigkeit, daß für die nächste Zeit eine gegenseitige Bindung der die Regierung unterstützenden Parteien hergestellt werden müsse, damit das neue Kabinett nicht durch Zufallsabstimmungen und Vorgänge außerhalb des Nationalrates gefährdet und in seinen wichtigsten Aufgaben gestört werde. Wir hätten allerdings gewünscht, daß ein reines Fachmännerkabinett zustande gekommen wäre, um die strenge Unparteilichkeit der neuen Regierung auch sichtbar in Erscheinung treten zu lassen. Wir haben deshalb auch von der Entsendung eines Vertrauensmannes in das neue Kabinett Abstand genommen, setzen aber voraus, daß die wichtigen Entscheidungen im Ministerrat nicht ohne unser Mitwissen fallen.

In der Person des gegenwärtigen Bundeskanzlers glauben wir eine Bürgschaft für die große Richtlinie des Gesamtkabinetts erblicken zu können. Hat doch die Tätigkeit des gegenwärtigen Kabinettschefs als Leiters des Sicherheitswesens in der Bundeshauptstadt ihm als dem tatkräftigen und geschickten Wächter der Rechtsordnung das Vertrauen

der breitesten Kreise im In- und Auslande erworben. Wir erwarten von der neuen Regierung eine Stärkung der Autorität aller Behörden gegenüber jenen Bestrebungen, die sich aus der Zerkümmern der Rechtsordnung ihre Vorteile erhoffen. Es soll aber endlich auch ein Damm errichtet werden gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechtes und gegen die Bedrohung redlich erwerbender Schichten der Bevölkerung.

Zur Gesundung des Staatswesens ist es aber auch unbedingt notwendig, alle staatlichen Angelegenheiten, die zur Führung einer klaglosen Verwaltung nicht unbedingt erforderlich sind, möglichst rasch und ohne schwere materielle Einbuße in andere Berufe überzuführen. Außerdem ist aber für die finanzielle Ordnung der sofortige Abbau der staatlichen Zuschüsse zu der Lebensmittelwirtschaft unbedingte Voraussetzung. Soll der Bund die Wiederaufbauperiode ohne allzu schwere Erschütterungen durchmachen, so ist vor allem aber die Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft anzubahnen, die zunächst durch Aufhebung der Zwangswirtschaft von den Produktionsfesseln befreit werden muß. Der freie Verkehr mit landwirtschaftlichen Produkten, besonders mit Vieh im Bundesgebiete ist hiezu in gleicher Weise notwendig. Die Ländersperre innerhalb Österreichs muß sofort beseitigt werden. Neben der Altersversorgung für die landwirtschaftlichen Arbeiter muß eine gesunde Bodenreform durchgeführt werden, damit auch den landwirtschaftlichen Arbeitern die Aussicht eröffnet werde, selbständige Wirtschaftler werden zu können.

Die neue Regierung wird hoffentlich die Kreditation zu Ende führen können. Wir werden bis zu dem gestellten Termine zuwarten, ob die unserem Staatswesen gemachten Zusagen rechtzeitig und in einem Umfange eingehalten werden, wie sie uns in der Mantelnote des Friedensvertrages in Aussicht gestellt worden sind. An uns soll es nicht fehlen, die inneren Vorbedingungen für das Gelingen der Kreditation mitzuschaffen. Wir müssen aber nochmals verlangen, daß das Ausmaß der Kredite und die Bedingungen der Kreditgewährung in einem richtigen Verhältnisse zu den schweren Opfern stehen, welche die Erwerbstätigen in diesem Staate schon bisher auf sich genommen haben und noch auf sich nehmen müßten. Unsere feste Überzeugung ist es aber, daß auch die Kreditation nur ein Notbehelf sein kann und nur die Vereinigung mit dem geschlossenen Wirtschaftsgebiete des Deutschen Reiches uns die dauernde Gewähr für eine bessere Zukunft bieten kann.

Präsident (den Vorsitz wieder übernehmend):

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Czernin.

Abgeordneter **Czernin**: Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Seipel befindet sich im Irrtum, wenn er hier der Überzeugung Ausdruck gegeben hat, daß ich die Regierung nicht mitgewählt hätte. Ich habe sie mitgewählt. Allerdings hat er recht, wenn er vermutet, daß ich sie nicht deshalb mitgewählt habe, um ein Portefeuille in diesem Ministerium zu erhalten. Ich habe die Regierung deshalb mitgewählt, weil ein Staat schließlich irgendeine Regierung braucht, und die dreiwöchige Krise ja ziemlich genau bewiesen zu haben scheint, daß eine andere Lösung schwer möglich war. Dann habe ich sie mitgewählt, weil ich glaube, daß es bei der bevorstehenden großen außenpolitischen Aktion, der Kreditaktion, zum Vorteile des Bundeskanzlers ist: je mehr Stimmen er auf sich vereinigt, desto stärker ist seine Position dem Auslande gegenüber. Und schließlich habe ich sie mitgewählt, weil ich speziell zu der Person des Herrn Bundeskanzlers das allergrößte Vertrauen habe, und weil ich glaube, daß, wenn jemand noch imstande ist, die Katastrophe, die äußersten Konsequenzen von diesem Staate abzuwehren, es der Mann ist, der heute an dieser Stelle sitzt.

Was nun die Regierungserklärung anbelangt, so sage ich ganz offen, daß ich solchen Erklärungen keinen allzu großen Wert beilege. . . . (Rufe: Aus Erfahrung!) Ich habe nicht verstanden. (Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Die Herren meinen: Aus Erfahrung!) Ich bitte um Entschuldigung, ich habe niemals eine Regierungserklärung abgegeben, und ich glaube, ich möchte sagen, ich fürchte, wir werden in Zukunft noch in mancher Regierungserklärung manchen dieser Punkte finden, die wir heute gehört haben. Das soll aber gar kein Vorwurf sein. Eine Regierungserklärung ist ja kein Versprechen, daß sie all das einhalten wird, sie setzt sich die Ziele und selbstverständlich können die großen Schwierigkeiten das eine oder andere aufheben. Immerhin sind gewisse Punkte darin, von denen ich hoffe, daß sie tatsächlich effektuiert werden können, und über deren Betonung in dem Programm ich meine spezielle Freude ausspreche. Das ist beispielsweise der Punkt, der uns endlich einen etwas freieren Verkehr verspricht, einen freieren Verkehr in der Hinsicht, daß diese entsetzlichen Sektaturen mit Pässen und ähnlichen Geschichten gegen Deutschland endlich aufhören sollen. Ich glaube, die Schwierigkeiten sind keine unüberwindlichen, denn, so viel ich weiß, ist ja von Deutschland selbst der Anstoß gegeben worden, in dieser Frage eine Remedur eintreten zu lassen.

Aber, meine Herren, wenn ich mich heute zum Worte gemeldet habe, so geschah es nicht, um diese wenigen Sätze zu sprechen, sondern um einige Worte zu verlieren über die auswärtige Lage, die europäische Situation und ganz speziell mit der auswärtigen Lage über die Stellung, Haltung und Tätigkeit unserer gegenwärtigen Diplomatie. Ich tue

das nicht, um den gewesenen Herrn Minister des Äußern anzugreifen, ich tue es noch viel weniger, um dem neuen Herrn Minister irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten, sondern ich tue es deshalb, weil ich glaube, daß gewisse, ich möchte sagen, prinzipielle Fehler vorhanden sind, die, beleuchtet und ins richtige Licht gerückt, vielleicht abgestellt werden können. Es liegt mir bei der Besprechung dieses Themas irgendeine Tendenz in dem Sinne, das neue Regime gegen das alte auszuspielen, vollkommen fern. Das fällt mir gar nicht ein. Es gibt ausgezeichnete Männer im diplomatischen Dienst, die aus dem alten Österreich übernommen wurden, und ausgezeichnete, die erst im neuen Österreich eingetreten sind. Ich werde auch trachten, bei den verschiedenen Beispielen, die ich anführen werde, um meinen Gedankengang zu erläutern, Männer des einen und des anderen Regimes zu zitieren. Und noch etwas möchte ich vorausschicken. Ich anerkenne also, daß wir in unserer heutigen Diplomatie ganz hervorragende Kräfte haben. *(Zwischenrufe.)* Wir haben in ihr wirklich einzelne Männer, die, wie ich glaube, einem jeden Kabinett, einer jeden Regierung und einem jeden Lande zur Zierde gereichen würden. Als einen von vielen möchte ich den Herrn Sektionschef im Ministerium des Äußern Schüller zitieren, der sich, soviel ich beurteilen kann, eine internationale Stellung erobert hat und auf jedem Gebiete das Maximum dessen leistet, was überhaupt ein Beamter leisten kann. Ich könnte die Beispiele noch mehr, möchte mich aber auf dieses eine beschränken.

Zweitens möchte ich meiner Kritik vorausschicken, daß ich vollständig anerkenne, daß die Herren, die heute im Auslande tätig sind, eine viel schwierigeren Stellung haben als wir sie seinerzeit hatten, und zwar aus verschiedenen Gründen. Erstens werden sie weniger freundlich aufgenommen als seinerzeit wir, und zwar deshalb, weil ein diplomatischer Vertreter im Auslande gewöhnlich das gleiche Ansehen genießt wie der Staat, den er vertritt, und weil dieses Österreich nicht die bedingungslose Bewunderung von ganz Europa genießt. Zweitens sind die Herren in einer schwierigen Lage aus materiellen Gründen. Wenn Sie die Ziffern ansehen, so scheint es, als wenn die Herren sehr große Gehälter beziehen würden. Das ist selbstverständlich eine große Täuschung. Es sind große Gehälter in Kronen.

Wenn Sie umrechnen, so ist es nur ein Bettelgehalt. Das ist nicht gleichgültig. Ein Vertreter im Ausland, der allein durch seine materielle Situation gewissermaßen als Gesandter zweiter Klasse gegenüber den Vertretern anderer Länder erscheint, ist dadurch in allen seinen Bestrebungen und Bemühungen gehindert. Die dritte Schwierigkeit hängt auch mit der finanziellen Lage des

Staates zusammen und läßt sich dahin zusammenfassen, daß die verschiedenen Posten, jedenfalls manche der Posten, an Kräften ungeheuer schwach dotiert sind. Wir haben viele Posten, wo wir einen Gesandten und nur eine Hilfskraft haben, und dieser unglückselige Gesandte wird dermaßen mit Aufträgen, gewöhnlich wirtschaftlicher Natur, mit Aufträgen, wo es sich um das tägliche Brot handelt, überschüttet und bombardiert, daß er für jene mühevollen Tätigkeit, die darin besteht, das Material für die Berichterstattung zu sammeln, nicht die genügende Zeit findet. Das alles schicke ich voraus und erkläre ausdrücklich, daß ich das selbstverständlich vollkommen anerkenne und auch in die Waagschale lege, wenn ich gewisse Vorfälle kritisiere. Immerhin bleibt noch genug übrig, was der Kritik ausgesetzt ist. Um zu erklären, welches die Kardinalpunkte sind, müssen Sie mir gestatten, meine hochverehrten Herren, einen ganz kurzen Vergleich anzustellen zwischen der veränderten Tätigkeit, welche die Diplomatie im Auslande heute naturgemäß hat, und der, die sie früher hatte. Früher war ihre Tätigkeit dreifacher Art. Erstens gewisse Wünsche, manchmal Postulate — wir haben ja ein Beispiel in dem Ultimatum an Serbien — der eigenen Regierung bei der fremden Regierung durchzusetzen, also gestützt auf den ganzen Machtapparat des eigenen Staates den Wünschen Geltung zu verschaffen. Dieser Punkt entfällt heute selbstverständlich, denn dieses arme, heruntergekommene Österreich kann natürlich nicht auftreten und Postulate erzwingen wollen. Die zweite Tätigkeit der alten und der neuen Diplomatie ist die Berichterstattung. Aber gerade in dieser Berichterstattung ist ein großer Unterschied eingetreten. In der alten Zeit war es unsere Pflicht, die eigene Regierung, die Zentralregierung über die Vorgänge zu informieren, die sich in dem Lande, in dem man akkreditiert war, oder überhaupt in Europa, soweit man sie übersehen konnte, abspielten. Dieser Punkt ist auch heute bestehen geblieben. Außerdem hat aber heute die Diplomatie — und ich glaube, das ist von ganz kardinaler Bedeutung — die Aufgabe, die fremden Staaten über unsere Verhältnisse zu informieren und gewisse Vorurteile, die immer noch im ehemals feindlichen Auslande über uns bestehen, nach Kräften zu eliminieren. Es ist nicht gleichgültig, ob man im Auslande endlich einseht, daß wir neben allen Torheiten und Fehlern, die hier begangen werden können, gewisse Sachen nicht machen, daß wir in vieler Beziehung nicht die Schuldtragenden, sondern diejenigen sind, die zwar sehr gerne eine Veränderung der Verhältnisse möchten, sie aber nicht erreichen können, oder ob man im Auslande glaubt, daß die Sache an unserem Eigenwillen oder unserem schlechten Willen hängt. Es scheint mir manchmal, als wenn die Herren des auswärtigen Amtes diese durch die

neue Zeit und durch die geänderten Verhältnisse hervorgerufene Änderung der Dinge noch nicht ganz in sich aufgenommen hätten und diesem Teile der Berichterstattung nicht den gleichen Wert beilegen würden wie ihren anderen Aufgaben. Um diesen Punkt zu erklären, möchte ich ein ganz spezielles Beispiel anführen und ich nehme absichtlich als Beweis hierfür einen Herrn vom alten Regime, der in das neue übernommen worden ist, den ich als Beamten hoch schätze, der ein ausgezeichnete Beamter ist, um zu beweisen, daß auch die besten Beamten Fehler machen können, daß auch den besten Beamten Unterlassungen unterlaufen können. Die Herren werden sich vielleicht erinnern, daß vor kurzer Zeit Lord Cecil in London eine Rede gehalten hat, in der er auch über Österreich sprach und in der er — die Worte weiß ich nicht mehr genau, aber ich weiß noch den Inhalt — sagte, daß es fehlerhaft von uns sei — wenn es kein stärkeres Wort war —, daß wir die wirtschaftlichen Beziehungen mit den Randstaaten nicht aufnehmen. Er hat die Schuld dieses Zustandes auf uns geschoben. Nun ist das ein so grotesker Irrtum, denn jedes Kind in Österreich weiß doch, daß nicht wir diejenigen sind, die die Blockade dieses Landes aufrecht zu erhalten wünschen, sondern daß die Nationalstaaten es sind, mit denen wir auf keinen grünen Zweig kommen können. Und wenn man das liest, so muß man sich doch unwillkürlich fragen: wo war in diesem Falle der österreichische Gesandte? Es ist ganz selbstverständlich, daß ein Gesandter im Auslande nichts dafür kann, wenn irgendeine Zeitungsentgleisung stattfindet, wenn irgendwelches mündliche oder schriftliche Gewäsch kursiert, aber ein österreichischer Gesandter in London muß wissen, wer Lord Cecil ist, muß wissen, daß er heute eine der ersten politischen Persönlichkeiten Englands ist und vielleicht morgen die erste, und muß trachten, einen engeren Kontakt mit ihm herzustellen und Menschen von einer solchen politischen Bedeutung über das eigene Vaterland aufzuklären, damit sie nicht Ideen in sich aufnehmen, die der Entwicklung unseres Staates schädlich sind. Wenn man mir nun auf das, was hier gesagt worden ist, antwortet, ich befände mich mit dieser Kritik in einem Irrtum, denn gerade der Herr Gesandte in London habe den Lord Cecil vor seiner Rede selbst auf unsere Lage aufmerksam gemacht, so muß ich sagen, wird durch diese Darstellung der Fall nicht besser, denn wenn Lord Cecil nach einer Unterredung mit unserem Gesandten und nach Anhörung der wahren Gründe gerade das Gegenteil dessen, was er gehört hat, als Wahrheit verkündete, so scheint der Einfluß des Gesandten nicht sehr groß zu sein und jedenfalls stimmt etwas in dieser Angelegenheit nicht. Ich glaube aber, daß sich die Sache so erklären läßt, daß man, wie ich hier

bereits gesagt habe, der wichtigen Frage, die maßgebenden Ausländer über unsere desperate Situation aufzuklären, noch nicht genügende Bedeutung beilegt.

Ein zweiter Fall, welcher bereits heute erwähnt wurde und der die diplomatische Berichterstattung betrifft, ist der Fall mit dem deutschen Reichskanzler, der kürzlich vorgekommen ist. Ich muß da dem Herrn Abgeordneten Seitz recht geben. Ich bedaure lebhaft, daß eine Äußerung, welche offenbar nicht zu dem Zwecke gemacht war, der Öffentlichkeit übergeben zu werden, daß die Äußerung eines befreundeten Staatsmannes anscheinend ohne sein Wissen in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Wohin sollen wir kommen, wie ist ein freundschaftlicher, offener Verkehr mit der deutschen Regierung noch möglich — und mit wem wollten wir lieber offen verkehren wie mit den Herren in Berlin? —, wenn die Herren nicht die Sicherheit haben, daß von ihnen gemachte Äußerungen ohne ihre Erlaubnis der Öffentlichkeit nicht übergeben werden. Ich vermute, ohne es zu wissen, daß auch hier nicht der Minister des Außern der eigentlich Schuldige ist, sondern daß der Fehler in der Berichterstattung liegt. Ich vermute, daß über dieses Gespräch in so unklarer Form berichtet worden ist, daß hier die Meinung entstand, es sei eine Zustimmung der dortigen Regierung zur Publikation vorhanden. Ich kann mir dieses Gespräch ganz gut vorstellen. Ich bin überzeugt, daß der Reichskanzler in einem Privatgespräch der Meinung Ausdruck gegeben hat, daß eine forcierte Anschlußbewegung jetzt nicht im Interesse des Deutschen Reiches wäre, weil selbstverständlich der gewaltsame Anschluß für Deutschland selbst die allerschwierigsten Momente mit sich bringen würde. Er hätte sofort die größten Repressalien Frankreichs gegen Deutschland zur Folge, es würden neue Maltrationen, Sanktionen oder Sanktionen, wie sie heute heißen, einsetzen. Gewiß also hat der Reichskanzler das Gespräch geführt, aber nicht gemeint, daß seine Ausdrücke der Öffentlichkeit übergeben werden. Es war nie diplomatischer Gebrauch, Aussprüche von befreundeten Staatsmännern ohne ihre Zustimmung der Öffentlichkeit zu übergeben, und ich würde wünschen, daß man an diesem alten Gebrauche festhalte.

Bevor ich auf dieses Thema der Berichterstattung zurückkomme und einen Fall zu erklären versuche, der über den Rahmen der bisher angeführten hinausgeht, möchte ich nur kurz erwähnen, daß der dritte Punkt neben der dabei bereits erwähnten Durchsetzung gewisser Postulate der eigenen Regierung und Berichterstattung, die Fürsorge für die Mitbürger im fremden Lande ist. Und da gereicht es mir zum großen Vergnügen, anerkennen zu müssen, daß das Ministerium des Außern in dieser Beziehung wirklich Außerordentliches geleistet hat. Meine diesfälligen Zweifel sind durch erfolgte

Aufklärung zerstreut worden. Es war nach dem Kriege die Situation noch viel schwieriger als vorher; viele Mitbürger befinden sich im Auslande noch immer in einer feindlichen Atmosphäre, brauchen Rat und Hilfe, andererseits waren unsere ganzen Vertretungen verschunden und das Ministerium hat wirklich Übermenschliches geleistet, um hier unseren Landsleuten zu Hilfe zu kommen. Aber, meine Herren, ich möchte hier einen ganz speziellen Fall der Berichterstattung oder eigentlich einer nicht funktionierenden Berichterstattung herausgreifen und ich muß Sie bitten, nicht ungeduldig zu werden, wenn ich versuche, diesen Fall etwas klarer zu schildern. Ich glaube, er geht in seiner Wichtigkeit weit über das Maß und den Rahmen der bisher angeführten Fälle hinaus. Ich meine damit die Ahnungslosigkeit unserer Regierung gegenüber jenen großen Ereignissen, die sich heute in Kleinasien abspielen, die sich nach meiner unmaßgeblichen Meinung in der europäischen Öffentlichkeit seit Monaten vorbereitet haben und die in ihren Folgen und Konsequenzen viel weiter gehen, als man heute auf dem Ballplatz zu glauben geneigt ist. Ich möchte kurz drei Fragen stellen und zu beantworten versuchen:

1. Konnte diese Krise tatsächlich vorausgesehen werden?

2. Welches sind die Gründe, warum am Ballplatz anscheinend so wenig von dieser Krise oder dem Kriege, wenn Sie wollen — denn ich werde beweisen, daß es bereits ein neuer Krieg ist — vorausgesehen wurde? und

3. welche Bedeutung haben Vorgänge, welche sich in so weit von uns entfernten Teilen der Welt abspielen, für uns selbst?

Die Herren werden sich vielleicht erinnern, daß sich die Türkei sofort nach dem Frieden von Sevres zu spalten begann, daß sich neben der offiziellen, von der Entente anerkannten Konstantinopeler Regierung eine zweite Regierung in Angora bildete, welche diesen Frieden nicht anerkannte und fest entschlossen war, mit allen Mitteln eine durchgreifende Revision desselben zu erreichen. Nun standen an der Spitze dieser, den Frieden nicht anerkennenden, sondern ihn bekämpfenden Bewegung drei Männer, von denen die Diplomatie wissen mußte, daß diese Männer an der Spitze einer solchen Bewegung an und für sich die Wahrscheinlichkeit bedeuten, daß sie sich nicht bei Worten aufhalten, sondern zu Taten schreiten werden, und diese drei Männer heißen: Taalat Pascha, Enver Pascha und Kemal Pascha. Die Türkei hatte ferner den Machtapparat, um gegen die Entente aufzutreten, denn Enver Pascha verfügte über eine ausgezeichnete Armee und die Türkei verfolgte folgende Taktik: Sie stellte die Entente ziemlich klipp und klar vor die Frage, entweder den Frieden zu revidieren, dann werde Enver Pascha vereint mit dem Westen gegen die Bolsche-

wiken kämpfen, oder aber England verweigert diese Revision, dann werde sich Enver Pascha mit den Bolschewiken verbünden. Gleichzeitig mit dieser Bewegung nun spielten sich in Rußland sehr wichtige Erscheinungen ab, die unbedingt damit zusammenhängen. Die Theorie des Bolschewismus hat vollständig Bankrott gemacht. Die russischen Machthaber stehen heute vor den Trümmern, die sie angerichtet haben. Wenn man aber daraus den Schluß ziehen würde, daß die Herren stillschweigend von der Bühne verschwinden, so irrt man sich vollständig, im Gegenteil, sie werden jetzt die allergrößten Anstrengungen machen, um sich an der Macht zu erhalten. Die russische Regierung macht jetzt etwas, was sie bereits mehrmals gemacht hat, und sie scheint es jetzt mit noch größerem Erfolge zu machen, sie teilt sich nämlich: ein Teil verhandelt mit England und proponiert Lloyd Georges neue Handelsverträge, predigt den Frieden und ein anderer Teil verbündet sich mit der Angora-Regierung, mit Kemal Pascha, und stößt gegen Indien vor. Diese Ereignisse haben sich mehr oder weniger in europäischer Öffentlichkeit vollzogen. Es war die Kündigung des Vertrages über Cilicien an Frankreich, das Bündnis zwischen den Bolschewiken und den Kemalisten, das der Militärkonvention folgte, und noch anderes mehr und neben diesen Ereignissen sahen wir das merkwürdige, daß England vollständig demobilisiert hat. England hat heute keine größere Armee als vor dem Weltkrieg; wenn es viel ist, so hat es 60.000 Mann in Indien und 15.000 Mann in Ägypten, zu Hause hat es keine nennenswerten Kräfte. Lloyd George hat offenbar an die entstandenen kriegerischen Konflikte im Osten nicht geglaubt, er hat die fixe Idee, daß die Bolschewiken den Frieden suchen.

Nun könnte man vielleicht sagen, daß die verschiedenen Schlüsse, die ich gezogen habe, nach dieser langen Entwicklung, die ich Ihnen jetzt vorzutragen die Ehre hatte, sehr leicht post festum zu ziehen sind, wenn man das ganze Bild der Entwicklung vor sich hat, während unser Ministerium während dieses Entwicklungsganges nicht jene Reflexionen machen konnte. Aber demgegenüber erlaube ich mir, zu bemerken, daß verschiedene Diplomaten, die in der bürgerlichen Arbeitspartei sind, diesen Entwicklungsgang ganz genau vorausgesehen haben, und ich die Ehre hatte, dies in einer Wahlrede vom 27. Jänner dieses Jahres öffentlich zu sagen. Diese Rede war, falls es jemand nicht glauben sollte, in der „Industrie“ vom 12. Februar abgedruckt und wurde auch auszugsweise in den Tagesblättern veröffentlicht. Die Warnungen dieser meiner früheren Kollegen aus der bürgerlichen Arbeitspartei gingen dahin, daß es ein großer Irrtum sei, zu glauben, daß der Bolschewismus tot sei, daß die Bolschewiken gegenwärtig zu einer neuen Offensive rüsten, und ich wies speziell darauf hin, daß dieser bolschewistische Vorstoß

entweder gegen Indien oder gegen Rumänien stattfinden dürfte, und wies ferner darauf hin, daß die Türken wahrscheinlich die Hilfe der Bolschewiken darstellen würden. Merkwürdig war eine solche Voraussage gar nicht; merkwürdig ist es nur, daß sich unsere Regierung über diese Vorgänge, über die Entwicklung dieser Vorgänge so wenig im klaren war, und es läßt sich, meine Herren, das sehr leicht erklären durch gewisse Umstände, die eben abzustellen ich für ungeheuer wünschenswert erachte. Ich will das sofort erklären und nur noch vorher sagen, wie das heutige Bild ist, selbst auf die Gefahr hin, daß Sie das alles genau so gut wissen wie ich. Heute sind die Wirren in Kleinasien eigentlich schon zum Kriege ausgeartet. Eboli im schwarzen Meer ward beschossen, Dampfer sind versenkt worden, eine englische Flotte ist in das Schwarze Meer abgegangen. Durch diese Ereignisse ist das empfindlichste Nervensystem des britischen Reiches getroffen worden und wenn mich nicht alles täuscht, wird England sehr langwierige und große Anstrengungen machen müssen, um dieser Bewegung wieder Herr zu werden.

Bevor ich erkläre, warum wir uns um alle diese Fragen kümmern sollen, möchte ich noch eines sagen. Ich möchte zu erklären versuchen, warum wir so schlecht über diese Vorgänge orientiert sind. Wir haben in Konstantinopel überhaupt keine Vertretung. Das ist selbstverständlich, weil der Friede noch nicht ratifiziert wurde. Das würde aber nicht hindern, daß vom Ministerium des Äußern aus Männer, die imstande sind, sich zu orientieren und richtige Berichte zu bringen, von Zeit zu Zeit hintergeschickt werden. Wir haben ferner in Moskau einen Herrn, zwar nicht als Gesandten, sitzen, und zwar einen Mann, der, wie ich höre, mit ausgezeichnetem Erfolge mit der Arbeit betraut ist, die Kriegsgefangenen, die noch immer nicht alle zurückgeschickt sind, in die Heimat zu befördern. Gerade bei diesem Herrn, den ich nicht die Ehre habe, persönlich zu kennen, der mir aber als sehr intelligent und klug geschildert wird, muß ich es bedauern, daß er, der in Moskau an der Quelle sitzt, von dieser ganzen Entwicklung nichts gemerkt hat oder, wenn er etwas gemerkt hat, keine Möglichkeit findet, der Regierung einige Daten zu geben. Auch unser Gesandter in Berlin hat diesbezüglich einen großen Fehler begangen. Sofort nach dem Umstürze befand sich in Berlin der geistige Kopf dieses ganzen Unternehmens, der Großvezier Taalat Pascha. Das war der Mann, bei dem die Fäden zusammenliefen und der der beste Kenner der Orientverhältnisse ist. Ich habe mehrmals sehr wichtige Informationen aus seinem Munde erhalten und war immer erstaunt, zu hören, daß unser Gesandter in Berlin nicht die geringsten Versuche machte, mit ihm in Kontakt zu treten und sich die gleichen Informationen zu verschaffen. Der Umstand, daß die beiden Herren wohl

verschiedenen Weltanschauungen huldigten und verschiedene Tendenzen verfolgten, darf meiner Ansicht nach nicht daran hindern, eine Quelle zu benutzen. Ein Gesandter muß alle jene Informationen, die er bekommen kann, aufzunehmen trachten und seiner Regierung übermitteln. Es handelt sich darum, daß seine gelieferten Nachrichten richtig sind; woher sie stammen, ist ganz gleichgültig.

Meine Herren! Ich komme jetzt zu dem Resümé dieses Gedankenganges: Wenn unsere Regierung am Ballhausplatz über Vorgänge, die sich in der europäischen Öffentlichkeit vorbereitet haben, so wenig informiert war, so kann man daraus den Schluß ziehen, was sie auch alles sonst nicht weiß, was sich etwas versteckter und weniger klar und deutlich vorbereitet. Und das ist sehr bedauerlich. Wenn der Herr Bundeskanzler in der richtigen Zeit, bereits vor Monaten, durch den großen Apparat, den er besitzt, über diese Vorgänge richtig informiert gewesen wäre, so wäre das in seiner Hand ein Kapital gewesen, welches er zum Vorteile des Staates hätte verwerten können. Ich nehme an, er hätte bei seinen verschiedenen Unterredungen im Ausland und namentlich in England auf jene große Gefahr aufmerksam gemacht, so wäre ihm gewiß im ersten Moment schwerlich geglaubt worden, aber zweifellos würde man heute anerkennen, daß er rechtzeitig etwas gesagt hat, was man dort selbst nicht wußte, und er würde an Kredit, an Vertrauen ungemein gewonnen haben.

Ich möchte nur noch einem Einwurf entgegenreten, der vielleicht erfolgen dürfte und der dahin geht, daß wir in Österreich kein so eminentes Interesse daran haben, was sich irgendwo draußen in der Welt abspielt. Falls einer der Herren diesen Standpunkt einnehmen sollte, so würde ich ihn unbedingt als unrichtig befinden. Denn es ist so: Ob nun im Osten eine große Konflagration eintritt, was meiner Ansicht nach durchaus im Bereiche der Möglichkeit liegt, oder ob sich diese Wirren latent hinziehen, in jedem Falle hat er für uns die einschneidendsten Wirkungen. Wir können es heute bereits sehen: Wir sehen, daß, je mehr England durch auswärtige Konflikte in den Kolonien und in fremden Ländern gebunden ist, es desto mehr gezwungen wird, mit Frankreich zu paktieren, Frankreich gewisse Konzessionen zu machen, um seinerseits im Osten freie Hand zu behalten. Und die Konzessionen, die gemacht werden, gehen immer und fast ausschließlich auf Kosten Deutschlands und Deutschösterreichs. Das heißt: jeder außereuropäische Konflikt treibt uns immer mehr in die Interessensphäre Frankreichs hinein, ein für uns höchst ungünstiges Moment.

Ich hätte noch manches darüber zu sagen, möchte aber der vorgeschrittenen Zeit halber nur noch ein ganz kurzes Wort über die Anschlußfrage sprechen. Ich werde mir erlauben, so offen

zu sprechen, wie über die frühere Frage. Es ist vollständig klar, daß es unser volles moralisches Recht ist, vor den Völkerbund mit dem Wunsche nach dem Anschluß zu gehen. Das ist nicht nur nicht gegen den Friedensvertrag, sondern die direkte Befolgung des Friedensvertrages, welcher bestimmt, daß eine Veränderung der Grenzen nur durch den Völkerbund erfolgen darf. Wenn also eine Abstimmung gemacht, wenn das Volk befragt wird, ob es wünscht, daß man einer Veränderung der Grenzen beim Völkerbunde das Wort rede, so kann das unter keinen Umständen als eine Verletzung des Friedensvertrages aufgefaßt werden. Ebenso klar ist aber, daß diese Versuche im heutigen Momente absolut unpolitisch sind. Sie sind deshalb unpolitisch, weil sie uns dem tatsächlichen Anschlusse nicht um einen Schritt näher bringen (*Zustimmung*), weil sie nur Frankreich reizen und die Situation dadurch erschweren und die große Aktion, die der Herr Minister des Außern eingeleitet hat, unbedingt führen.

Ich finde, daß das Beste an der Tätigkeit des früheren Herrn Ministers des Außern die Konsequenz war, mit welcher er, einmal eingeschlagen, diese Kreditaktion verfolgt hat. Und wenn ich mich auch seinem Optimismus nicht anschließen kann und dieser Frage viel skeptischer gegenüber stehe als er und viele Herren der christlichsozialen Partei, so finde ich es doch nicht richtig, die Anschlußbewegung in einem Zeitpunkt zu forcieren, wo sie direkt mit dieser Aktion in Widerspruch treten muß, und ich kann nicht einsehen, warum dieselbe Aktion drei oder vier Monate später nach gelungener oder gescheiterter Sanierungsaktion nicht dieselben von Ihnen erhofften Vorteile ohne die erwähnten Nachteile bringen würde.

Ich will die Herren nicht länger aufhalten. Ich habe versucht, Ihnen einige Beispiele für gewisse Mängel zu geben, die meiner Ansicht nach in der Diplomatie bestehen. Ich wiederhole nochmals und betone es ausdrücklich, daß ich die ausgezeichneten Eigenschaften der Herren anerkenne und an den Beispielen nur beweisen wollte, daß die so gänzlich veränderte Zeit mit ihren ganzen neuen Postulaten und Forderungen noch nicht so ganz in das Bewußtsein jedes einzelnen Vertreters eingedrungen ist und sich daher die moderne Diplomatie den neuen Verhältnissen noch nicht völlig angepaßt hat, und daß ich glaube, daß in dieser Hinsicht eine Remedur notwendig wäre.

Und noch eines: Wir haben im Ministerium, wie ich schon eingangs gesagt habe, hervorragende Männer. Wir haben Männer, auf deren republikanische Gesinnung Sie sich unbedingt verlassen können, Männer, die das Ressort beherrschen und die, weil sie mit dem Kriege nichts zu tun hatten, auch bei der Entente im besten Ansehen stehen. Ich habe einen Namen genannt, als ich meine Rede begann. Auf der anderen Seite kann ich mir nicht

vorstellen, daß der Herr Bundeskanzler auf die Dauer das schwere Amt des Bundeskanzlers und das Amt des Außern wird tragen können und ich würde es bedauern, wenn das Ressort des Außern zum Stiefkind in der Politik herabsinken würde. Ich glaube deshalb, daß es sehr wünschenswert wäre, wenn Sie mit der Zeit den Beschluß fassen würden, das Ressort des Außern von einem Herrn jener Qualität besetzen zu lassen, welche ich Ihnen soeben in den drei Eigenschaften zu charakterisieren versuchte. Wie immer Sie darüber denken mögen, ich bitte, vergessen Sie das eine nicht, daß die großen europäischen Ereignisse in letzter Instanz das Schicksal dieses armen kleinen Staates entscheiden werden. Diese entsetzlich sich jagenden internen Krisen werden uns das Leben erschweren, sie werden es noch verschlechtern, aber in letzter Instanz entscheidend werden die großen Ereignisse sein, die über Europa gehen. Diese großen Ereignisse richtig vorausszusehen und richtig zu eskompieren, ist die Aufgabe der Diplomatie. Und deshalb ist es wünschenswert, an die Spitze des diplomatischen Korps jemanden zu setzen, der sich tatsächlich dieser Aufgabe voll und ganz widmen kann.

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Bauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Otto Bauer: Meine Herren! Ich habe nicht die Absicht, dem Herrn Abgeordneten Czernin auf die Bahn zu folgen, die er jetzt betreten hat. Er hat im wesentlichen einige Fragen der Technik der auswärtigen Politik, der diplomatischen Technik besprochen, von denen ich zugeben will, daß sie ihm sehr vertraut sind, zum Beispiel die schlechten Erfahrungen, die man macht, wenn man Dinge, die vertraulich sind, plötzlich in die Öffentlichkeit bringt. (*Heiterkeit.*) Diese Erfahrung hat nicht nur der Bundeskanzler Mayr, sondern vor ihm schon der Herr Minister des Außern Czernin gemacht. (*Heiterkeit.* — **Abgeordneter Czernin:** Ich habe von befreundeten Staatsmännern gesprochen! Clémenceau war nur der Freund von Dr. Renner, aber nie von Österreich!) Sie haben die schlechten Erfahrungen, wie Sie wohl zugeben müssen, Herr Abgeordneter, auch in dem Falle gemacht und Sie würden, wenn Sie später Gelegenheit gehabt hätten, zu entscheiden, ob Sie das noch einmal erzählen sollen, was ein feindlicher Staatsmann gesagt hat, es sich wohl überlegt haben. Das gehört aber nicht zur Sache und ich habe, wie gesagt, nicht die Absicht, auf diese Bahn zu folgen. Meines Erachtens gehören diese Fragen technischer Natur nicht in diese Debatte, sondern ich wünsche sehr, daß wir einmal Gelegenheit hätten, in einer Budgetdebatte bei Besprechung des Budgets des Ministeriums des Außern sehr ausführlich über diese gewiß wichtigen Dinge zu sprechen.

Ich habe auch nicht die Absicht, dem Herrn Abgeordneten Czernin auf die Erörterung der vorderasiatischen Dinge zu folgen. Ich habe die ganze Zeit mit größter Spannung erwartet, wie denn eigentlich die Schlussfolgerung für Österreich lauten werde, die uns versprochen worden ist. Daß das Ministerium des Äußern auch über Dinge, die sich in Vorderasien abspielen, unterrichtet sein soll, ist auch meine Meinung. Aber wenn man das hier bei einer Debatte über das Regierungsprogramm in den Mittelpunkt rückt, mußte man konkrete Folgerungen aus den Ereignissen in Vorderasien für Österreich erwarten. Die Folgerung, die ich gehört habe, war die, daß dann der Herr Bundeskanzler Mayr in der Lage gewesen wäre, London zu warnen und dies hätte seinen Kredit im Auslande vergrößert. Ich gestehe, darüber bin ich anderer Meinung. Ich bin der Meinung, daß, wenn ein österreichischer Minister des Äußern versuchen wollte, London über Vorderasien zu informieren, er sich damit reichlich lächerlich machen würde.

Das ganz nebenbei. Mir scheint es doch nützlicher zu sein, daß wir uns heute auf die großen politischen Fragen beschränken, die durch die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers aufgeworfen worden sind. Allerdings, auch da sind von den Rednern der Parteien außenpolitische Fragen in den Vordergrund gerückt worden, was nicht verwunderlich ist, da wir ein Land sind, das nur noch Grenzen hat und wo daher alles Außenpolitik geworden ist. Zweitens hat es seinen Grund vielleicht auch darin, daß von der inneren Politik zu sprechen für die Regierungspartei eine Verlegenheit gewesen wäre und sie daher nach der Maxime gehandelt hat: Reden wir von etwas anderem! Der Herr Abgeordnete Seipel, der die unangenehme Aufgabe gehabt hat, hier zu erzählen, wie prächtig sich die Regierung Mayr bewährt habe und wie es daher notwendig sei, ohne jeden Systemwechsel denselben Kurs unter dem Namen Schober weiterzuhalten, war selbstverständlich in einer sehr schwierigen Lage, denn über innerpolitische Erfolge der Regierung Mayr zu erzählen, wäre sehr schwer gewesen: Festigung des Gefüges zwischen dem Bund und den Ländern (*Heiterkeit*), die Besserung des Kronenkurses, die Eindämmung der Inflation, von allen diesen Dingen konnte er nichts erzählen und so hat er denn erzählt, der Erfolg der Regierung Mayr sei eine wesentliche Besserung unserer außenpolitischen Lage gewesen. Das kann man viel leichter erzählen, weil die Massen der Wählerschaft, die das kontrollieren können, was man über die innere Politik sagt, leider in unserem Lande noch nicht so weit erzogen sind, daß sie auch Behauptungen über die auswärtige Politik eben so leicht kontrollieren könnten. Das mag ja der Grund sein, warum man gerade außenpolitischer Erfolge sich rühmt.

Ich muß gestehen, daß ich darüber anderer Meinung bin. Erinnern Sie sich nur an jene Situation, in der wir in dem Momente waren, wo diese Anschlußabstimmungen gekommen sind, wo also die Bevölkerung in einzelnen Teilen dieses Bundesstaates gar nichts anderes als von dem selbstverständlichen, nicht nur, wie auch der Herr Abgeordnete Czernin gesagt hat, moralischen, sondern auch juristischen, dem positiven Völkerrecht entsprechenden Recht Gebrauch machen wollte, ihrem Wunsche nach dem Anschluß an Deutschland Ausdruck zu geben, wie da nun plötzlich diese Proteste gekommen sind von allen Seiten, Proteste in unerhörter Schroffheit, Proteste, meine Herren, in der demütigendsten Form, und Proteste auch von denjenigen Staaten, die vor gar nicht langer Zeit dem Anschlußproblem ganz anders gegenübergestanden sind, wie das bei Italien noch zur Zeit der Ratifizierung des Vertrages von Saint-Germain der Fall gewesen ist. Damals ist uns allen, die sich pflichtgemäß mit Fragen der auswärtigen Politik beschäftigen, klar geworden, wie sehr sich im Laufe der letzten Zeit die außenpolitische Lage Deutschösterreichs verschlechtert hat. Meine Herren, ich will gar nicht untersuchen, wie weit dies das Ergebnis objektiver Umstände ist, deren Vorhandensein ich nicht leugne und für die keine deutschösterreichische Regierung verantwortlich gemacht werden kann, wie weit es das Ergebnis einer Parteienpolitik im Lande ist, die auch nicht die Politik der Regierung war, aber die Politik der Regierung sehr erschwert hat, und wie weit es das Ergebnis von Fehlern war, welche die Regierung Mayr selbst gemacht hat. Ich will auf diese Untersuchung — wir haben es mit der Regierung Mayr nicht mehr zu tun — gar nicht eingehen, aber, meine Herren, es gehört ein starkes Stück dazu, nach dieser offenkundigen Verschlechterung unserer außenpolitischen Lage hieher zu kommen und zu sagen: Na ja, aber der Erfolg dieser christlich-sozialen Regierung war, daß sich unsere Lage in Europa sehr wesentlich verbessert hat.

Meine Herren! Ich muß, um zunächst noch einen Augenblick bei der auswärtigen Politik zu verweilen, dem Herrn Abgeordneten Seipel noch in einem anderen Punkte widersprechen. Der Herr Abgeordnete Seipel hat den Vorwurf, daß die Regierung Mayr die Würde des Landes gegenüber dem Auslande nicht gewahrt hätte, damit beantwortet, daß er erzählte, mein Freund Renner habe sich als Staatskanzler den Beinamen des Knechtseiligen dadurch verdient, daß er einmal hier im Hause sich in Lobpreisungen des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau ergangen hat. Nun, meine Herren, wenn der Herr Abgeordnete Seipel das eine Politik der Devotion gegenüber dem Auslande genannt hat, so muß ich sagen, daß es zweierlei Devotion gibt, die meines Erachtens nicht

gleich zu werten ist: eine Devotion im Reden und eine Devotion im Handeln. Meine Herren, ich halte es sicherlich nicht für gleichgültig, wenn ein österreichischer Minister in Höflichkeiten im Reden gegenüber ausländischen Staatsmännern weiter geht, als in dem betreffenden Moment zu gehen zweckmäßig wäre. Darüber läßt sich sicherlich im konkreten Augenblick immer streiten. Aber, was man redet, das ist doch nicht das Entscheidende. Unvergleichlich wichtiger ist das, was man tut. Und so wenig ich für eine Politik der Devotion im Reden Sympathie hätte, so sehr meine ich, daß unvergleichlich gefährlicher für uns eine Politik der Devotion im Handeln ist. Das, was wir dem Herrn Bundeskanzler Dr. Mayr, das, was wir der christlichsozialen Regierung vorgeworfen haben, waren aber nicht falsch gebrauchte Redensarten — bitte, so lange es sich um Worte handelt, habe ich ein weites Herz —, sondern Handlungen, durch die das Ausland geradezu ermutigt worden ist, in der gefährlichsten Weise sich in unsere inneren Verhältnisse einzumengen.

Meine Herren! Das geschah im Kleinen und im Großen. Im Kleinen: Ich brauche nur an jenen Fall der Hausdurchsuchungen in der Konsumvereinsbäckerei in der Wolfganggasse zu erinnern. Was da geschehen ist, diese zweimalige Verletzung des Hausrechtes, das würde in jedem anderen Lande von allen Parteien als eine Ungeheuerlichkeit empfunden worden sein. Das erstemal ohne jede juristische Verkleidung, das zweitemal unter dem Schein eines gerichtlichen Vorganges, der vollkommen gesetzwidrig war und nur möglich gewesen ist, weil man eben einen Richter gefunden hat, der sich offenbar zu allem hergibt. Aber in beiden Fällen war es eine grobe Verletzung des Gesetzes durch ausländische Vertreter. Nun könnte man mir sagen: Ich bitte, da sind die Ententeoffiziere, da ist der unabhängige Richter, was kann die Regierung dafür. So ist es nicht. Die christlichsoziale Regierung Mayr hat zwar, da es politisch nicht mehr anders möglich war, dagegen protestiert, daß die Ententeoffiziere selbst hier Hausdurchsuchungen halten. Aber sie hat, wie ich höre, nichts dagegen eingewendet, daß die Ententeoffiziere an gerichtlichen Hausdurchsuchungen teilnehmen und hat durch diese Mitteilungen an Ententeoffiziere die Offiziere selbst und den Richter selbst geradezu ermutigt, das zu tun, was erstens eine grobe Verletzung unseres positiven Rechtes, eine grobe Verletzung der Strafprozeßordnung ist, und was zweitens, wenn man es sich weiter ausmalt — denn es braucht ja nicht immer bei Hausdurchsuchungen in einem Bäckereibetrieb zu bleiben —, zur allerschwersten Gefahr der Einnengung fremder Offiziere in unsere inneren Angelegenheiten werden kann. Das wiegt meines Erachtens viel schwerer als irgendeine kritisierte Redensart. Und das ist ja nur ein Beispiel von vielen für die Einnengung im Kleinen.

Aber viel schlimmer ist die Einnengung im Großen. Wie man diese ganze Krise der Anschlußabstimmungen behandelt hat, ist ein ständiger Skandal gewesen. Sie kennen unsere Haltung. Wir haben, als der Einspruch der Entente gegen die Volksabstimmung in Tirol gekommen ist, von dieser Stelle aus entschiedenst dagegen protestiert, aber in derselben Stunde auch gesagt, daß wir nicht für eine Politik der Leichterfertigkeit sind, und haben nach sorgfältiger Erwägung der ganzen europäischen Lage uns gesagt, daß in dem gegenwärtigen Moment die Abstimmungen uns nur schaden und nicht nutzen können. Es haben daher, unbekümmert um alle Demagogie, die daraus Angriffe gegen uns schmieden könnte, unsere Parteigenossen in den Ländern gegen diese Abstimmungen gestimmt. Wir gerieten dadurch in die für uns unangenehme Lage, der Regierung Mayr helfen zu müssen. Aber Sie, die Sie immer behaupten, daß Sie es seien, die Staatspolitik über Parteipolitik stellen, während wir nur Parteipolitik machen, Sie haben sich um Ihre Regierung nicht gekümmert, wir aber haben, selbst auf die Gefahr hin, einmal der Regierung Mayr zu helfen, das, was wir für im Interesse des Landes gelegen gehalten haben, getan. Wir waren also sicherlich sachlich gar nicht anderer Meinung als der, daß man in dem Moment den Parteien in den Ländern raten sollte, etwas nicht zu tun, was, so sehr es dem Empfinden des ganzen Volkes im ganzen Staatsgebiete entspricht, in dem Moment politisch nicht zweckmäßig war. Aber, meine Herren, mit welchen Mitteln hat man versucht, die Bevölkerung zur Vernunft zu bringen? Man hat eine völlige Panik in einer unerträglichen Weise gemacht.

Ich will mich auf den Streit nicht einlassen, inwieweit die Warnungen alle wahr oder nicht wahr sind, aber man hat zumindest maßlos die Gefahr übertrieben, die dem Lande droht, obwohl die, die ihm wirklich droht, schon allein hinreichend war, um von einer Abstimmung abzustehen.

Und man hat, meine Herren, schließlich geradezu den Vertreter Italiens in Wien gerufen, um in der innerpolitischen Krise die Entscheidung zu bringen. Und das ist ganz etwas anderes. Das werden Sie nicht vergleichen mit irgendwelchen Redensarten, die eine frühere Regierung gebraucht hat, sondern das ist das Gefährlichste, was man in diesem Lande hier überhaupt tun kann. In Wirklichkeit ist es so, daß wir seit dem Umsturz infolge unserer Schwäche, unserer Ohnmacht, infolge gewisser politischer Ansitten der obersten Schichten hier in Wien ständig dadurch gefährdet sind, daß das Ausland sich in unsere inneren Verhältnisse einmengt. Dazu wird es geradezu noch ermutigt durch eine Politik, die, um nur innerpolitische Augenblicksschwierigkeiten aus dem Wege zu schaffen, fortwährend das Ausland in unsere innerpolitischen

Fragen hineinzerzt. Das, meine Herren ist das, was ich unter Devotion im Handeln verstehe. Ich glaube nicht, daß es vom Herrn Professor Seipel sehr vorsichtig gewesen ist, daß er uns gezwungen hat, hier noch einmal deutlich diesen Unterschied klarzustellen, indem er versucht hat, die angebliche Würdelosigkeit eines früheren Ministers des Äußern gegenüber der Entente hier anzuführen. Er käme in sehr ernste Verlegenheit, wenn er irgendwelche Analogie aus früherer Zeit zu diesen Dingen anführen sollte.

Meine Herren, der Herr Professor Seipel hat heute überhaupt polemische Methoden angewendet, die wir eigentlich von ihm nicht gewohnt sind. Er hat zum Beispiel erzählt, ja, er habe ja nur versprochen oder vorausgesagt — bitte, vorausgesagt —, daß uns durch die christlichsoziale Regierung geholfen werden wird, wenn die Sozialdemokraten ihre Tätigkeit nicht sabotieren. Wir hätten aber in den ersten Wochen oder Monaten doch sabotiert, erst später hätten wir es uns überlegt. Ich muß gestehen, aus anderem Munde hätte mich dieser geschickte Trick: Nun ja, jetzt habt ihr ja nicht sabotiert, aber früher einmal — nicht gewundert. Aber der Herr Professor Seipel hält doch sonst etwas auf seine Würde und das ist ein Argument, das er dem Herrn Runschak hätte überlassen sollen. *(Zustimmung.)*

Meine Herren, die entscheidende Frage in der Regierungserklärung, um zu dieser zurückzukehren, die Frage, die in den Vordergrund gerückt, die an erster Stelle angeführt ist, ist wiederum die Frage der Auslandskredite. Und da erlauben Sie mir, daß ich dem, was mein Freund Seip schon über unsere Stellung zu dieser Frage gesagt hat, noch einige Worte hinzufüge.

Es ist eine Binsenwahrheit und es kann nirgends ein Zweifel darüber bestehen, daß wir Auslandskredite brauchen, daß jede Regierung, welche immer es auch sei, sich bemühen wird, Auslandskredite zu bekommen, und versuchen wird, sie zu bekommen, so gut es eben geht. Die frühere Regierung hat sie wirklich bekommen, der Regierung Mayr wurden sie versprochen. Aber jede künftige Regierung wird versuchen, sie zu bekommen. Das ist selbstverständlich. Auch, daß man die Sache so in den Vordergrund rückt, an erste Stelle, das mag taktisch zweckmäßig sein, darüber will ich nicht streiten. Aber, meine Herren, ich bin überzeugt, daß man dem Lande schweren Schaden zufügt und daß ihm ernste Gefahren drohen, wenn man in solcher Weise, wie das von der christlichsozialen Partei ständig geschieht, wie das von der Regierung Mayr geübt wurde und wie wir das heute wieder in der Regierungserklärung Schober sehen, in solcher Weise die ganze Aufmerksamkeit auf dieses Kreditproblem konzentriert. Das halte ich

für die gefährlichste und schädlichste Taktik, die man überhaupt anwenden kann. Meine Herren, wir haben ja in diesen Bemühungen um die Kredite schon einige Erfahrung. Vielleicht darf ich auch heute wieder einmal daran erinnern, obwohl ich es schon einmal hier im Hause getan habe, mit welchen Mitteln die Regierung Mayr vor wenigen Monaten, noch im Jänner, diese Kredite zu erlangen versucht hat. Damals, im Jänner, wurde wiederholt öffentlich angekündigt, daß der Zusammenbruch der österreichischen Volkswirtschaft, des ganzen Staates, unmittelbar bevorstehe, wenn wir nicht sofort die Kredite bekommen. Sie erinnern sich alle, meine Herren, was das für Folgen gehabt hat. Die Wirkung war eine Panik, war eine ungeheure Entwertung der Krone, war ein wahnsinniges Steigen der fremden Wechselkurse, war ein Steigen der Warenpreise, eine ungeheure Teuerungswelle. Selbstverständlich! Wenn die Regierung selbst so spricht, so liegt darin natürlich eine der ungeheuerlichsten Ermutigungen für jede solche Spekulation. Die Kredite haben wir damit nicht bekommen, der Zusammenbruch ist selbstverständlich auch nicht gekommen.

Ich weiß nicht, was die Herren Mayr und Grimm sich damals unter dem Zusammenbruch vorgestellt haben. Die ganze Wirkung dieser Methode der Kreditpolitik war damals bloß Schaden. Nur eine Konsequenz hat es gehabt: es hat die Leute im Auslande, die mit der Kreditgewährung beschäftigt sind, ermutigt, Projekte zu schmieden, Kreditprojekte, deren Durchführung nach meiner festen Überzeugung für uns schlimmer gewesen wäre, als das vollständige Ausbleiben der Kredite. Ich brauche bloß an dieses Voucher-Projekt zu erinnern, ich glaube nicht, daß man meine Kritik zu hart finden wird. Das ist aber die selbstverständliche Konsequenz einer solchen Kreditpolitik. Demjenigen, der von vornherein sagt: ich brauche den Kredit sofort, unbedingt, um jeden Preis, sonst gehe ich vollständig zugrunde, dem werden dann eben auch die entsprechenden Bedingungen diktiert.

Nun, meine Herren, sind wir glücklich von dieser Basis weggekommen. Man hat dann in London eine neue gefunden, die Sache wurde auf den Völkerbund geschoben, es kamen die Völkerbundsdelegierten her und unser ganzer Eindruck, den wir bei den Verhandlungen gehabt haben — bei den Verhandlungen und nach den Verhandlungen —, war nun folgender: Die christlichsoziale Regierung war festgelegt darauf: das Ziel, das einzige Ziel, ist: die Kredite; mit denen kommt dann der Wiederaufbau, kommt dann alles. Meine Herren, wenn man so in eine Verhandlung eingeht, dann erliegt man selbstverständlich der Versuchung, die Bedingungen, die einem gestellt werden, sich nicht allzu genau anzuschauen, sondern nur zu schauen, daß man Kredite bekommt, wie immer man sie bekommt.

Und darin liegt selbstverständlich wiederum eine Gefahr. Ich gebe ohne weiteres zu, daß die Bedingungen, wie sie damals in den Verhandlungen formuliert gewesen sind, einen wesentlichen Fortschritt gegenüber diesen Projekten ein paar Monate früher dargestellt haben; aber so sehr ich das zugebe, so muß ich doch sagen, daß der weitere Verlauf der Dinge, die Berichte, die wir über die Tagungen der Finanzkommission des Völkerbundes bekommen haben, die in den Blättern zu lesen waren — andere stehen mir nicht zur Verfügung —, gezeigt haben, wie ernst und schwer diese Gefahren sind, daß sie gezeigt haben, daß es denkbar ist, daß man dort, sei es aus einem sehr primitiven Verständnis, um nicht zu sagen, aus einem groben Mißverständnis unserer wirtschaftlichen Lage oder deswegen, weil sich Einflüsse von heutigetägigen ausländischen kapitalistischen Kreisen allzu stark geltend machen, aus dem einen oder dem anderen Grunde dem Projekt Formen geben will, die nach meiner festen Überzeugung nicht nur keinen Wiederaufbau, sondern geradezu die Katastrophe des Landes erst herbeiführen würden. *(Zustimmung.)* Ich bitte, das soll keine Kritik der Bemühungen um die Förderung dieser Völkerbundaktion sein — es ist selbstverständlich die Pflicht der Regierung, sie weiter zu treiben —, aber es soll eine Warnung sein. Man bekommt nicht Kredite unter annehmbaren Bedingungen, wenn man diese Methode anwendet, die die spezifische Methode Seipel ist, nämlich die Methode: „Wirtschaftlicher Wiederaufbau.“ Wiederaufbau heißt Kredite. Das ist das einzige Ziel, der Kredit an die Spitze! Das hat man jetzt wieder getan. Ich war geradezu entsetzt darüber, wie man bei der Regierungsbildung, als das etwas romantische Verhältnis zwischen den Christlichsozialen und der Großdeutschen Partei zu einer legitimen Ehe überführt werden sollte *(Heiterkeit)*, als man da einen Pakt suchte: Worüber einigen sich die Parteien? Die Kredite; die Sanierungsaktion fortführen. Das ist der ganze Inhalt, das ist das Um und Auf, das ist das Alpha und Omega, Sie haben nichts anderes. Das halte ich für einen falschen und gefährlichen Weg, und wie der Herr Bundeskanzler Schober heute gekommen ist, hat er uns seine Erklärung vorgelesen, wo das wieder an erster Stelle steht; alles andere ist dem untergeordnet, nicht ein politischer Gedanke, nicht ein Gedanke über den wirtschaftlichen Wiederaufbau aus eigener Kraft, nicht ein Gedanke über ein Sanierungsprogramm! Denn das sind doch keine ernst zu nehmenden Gedanken, wenn man einfach sagt, wir wollen die Produktivität der Landwirtschaft fördern. Natürlich, wir wünschen auch, daß das Wetter immer möglichst schön sei. *(Heiterkeit.)* Gar kein konkreter Gedanke, sondern immer wieder als Um und Auf die Kredite und dann bloß eine Aufzählung von ohnehin schon längst fälligen, zum Teile

sogar vorgelegten Regierungsvorlagen. Das halte ich für einen falschen und gefährlichen Weg; er ist um so gefährlicher, als eine Presse, von der man nie weiß, wie weit ihre Gewissenlosigkeit und wie weit ihre Ignoranz daran schuld ist, ja auch die Bevölkerung ausschließlich dazu erzieht, zu glauben, daß das alles sei, daß das das Um und Auf sei, daß man sich die Bedingungen gar nicht anschauen müsse, und daß man ihr noch dazu solche Dinge einredet, wie, das erste sei, eine Notenbank zu errichten, wobei man so das Mittel für den Zweck hält und sich über die Voraussetzungen gar keine Gedanken macht, als ob man bei einem Defizit von 50 Milliarden so von heute auf morgen mit dem Banknotendruck aufhören könnte. Das sind so Phrasen, die der Bevölkerung vorgelegt werden, das ist kein Ernst. *(Zwischenruf des Abgeordneten Dr. Seipel.)* Ich polemisiere jetzt ausnahmsweise nicht gegen Sie, Herr Professor Seipel, sondern gegen die Ihnen allerdings sehr nahestehende großkapitalistische Presse. *(Heiterkeit.)* Ich meine, wenn man der Bevölkerung all das einredet, wird ohnehin die Stimmung erzeugt, Dinge anzunehmen, die höchst gefährlich sind, und deswegen halten wir es für unsere Pflicht, heute schon davor zu warnen, daß man derartig alles auf diese Kredite stellt, nicht weil wir der Meinung wären, man brauchte sie nicht, sondern weil wir der Meinung sind, daß man annehmbare Bedingungen nur bekommt, wenn man sich jede Sache daraufhin anschaut, was sie bringt und was sie kostet, nicht aber das zum einzigen Inhalt unserer ganzen Politik macht. Soviel noch zum Sachlichen.

Das übrige, was wir der Regierung gegenüber zu sagen hatten, hat mein Freund Seip schon gesagt. Ich kann um so mehr darauf verzichten, als die beste Kritik dieser Regierung von unserem Standpunkte ja von den bürgerlichen Rednern selber gegeben worden ist. Wenn der Herr Abgeordnete Straßner gemeint hat, die Herren seien immer für ein neutrales Kabinett, für ein Kabinett von neutralen Beamten gewesen, weil das so dem Ideal der Volksgemeinschaft am besten entspricht — nun, meine Herren, wenn die Großdeutsche Volkspartei sich Herren wie Minister Bauer oder Minister Angerer als neutrale Beamte einreden lassen will, so ist das ihre Sache — wir halten sie einfach für Christlichsoziale. Vielleicht tue ich einem von den Herren unrecht, vielleicht ist er nicht Christlichsozial, sondern das, was man vor nicht allzu langer Zeit altkonservativ genannt hat, dadurch wird aber die Sache nicht besser. Wenn Herr Professor Seipel sich etwas darauf zugute tut, daß Sie die Christlichsozialen Abgeordneten gegen Christlichsoziale Beamte ausgetauscht haben und wie Sie dadurch Ihre Opferwilligkeit, Ihre Bereitschaft zur Entsagung dokumentiert haben, so

ist mir dabei nicht mehr eingefallen als der gute alte Vers: „Enthaltbarkeit ist das Vergnügen an Dingen, welche wir nicht kriegen.“ (*Heiterkeit.*) Sie waren nicht in der Lage, dank dem großdeutschen Einspruche, eine christlichsoziale Regierung zu bilden. Sie mußten sich dem großdeutschen Einspruch unterwerfen und mußten sich diesen Austausch gefallen lassen. Aber Sie haben sich dabei ganz gut revanchiert. Die Großdeutschen bekamen die Form der Beamtenregierung und Sie bekamen die Beamten, die Sie sich dafür ausgesucht haben, die ganze Liste der christlichsozialen Beamten, die Sie sich hingeseht haben. Unter diesen Umständen finde ich es ganz begreiflich, wenn Herr Professor Seipel schließlich gesagt hat, es sei ja kein Systemwechsel.

Aber, meine Herren, daraus geht dann auch hervor, wie unsere Stellung gegenüber der Regierung ist. Wenn es kein Systemwechsel ist — und ich habe da allerdings keinen Grund, an der Verlässlichkeit der Aussage des Herrn Professors Seipel, der an der Bildung dieser Regierung einen sehr wesentlichen Anteil gehabt hat, zu zweifeln —, wenn es kein Systemwechsel ist, nun, so ist es für uns dieselbe bürgerliche und klerikale Regierung, die die Regierung Mayr gewesen ist, und wir stehen ihr selbstverständlich in ebenso scharfer Opposition gegenüber wie dieser. Der Herr Bundeskanzler Schöber hat, zu uns gewendet, gemeint, er appelliere daran, daß seine Tätigkeit einen, wenn auch strengen, so doch gerechten Richter finde. Nun, meine Herren, wir wollen Ihnen die Versicherung geben: es wird weder an der Gerechtigkeit, noch an der Strenge fehlen. (*Heiterkeit. — Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Ich erkläre die Debatte für geschlossen und schreite zum Schlusse der Sitzung.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Abgeordneten:

Tuller als Mitglied des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten;

Glöckel als Ersatzmann im Finanz- und Budgetausschuß;

Schmiz als Mitglied des Ausschusses für Äußeres und als Mitglied des Finanz- und Budgetausschusses;

Jirsa als Ersatzmann im Finanz- und Budgetausschuß;

Spalowsky als Ersatzmann im Finanz- und Budgetausschuß;

Trayler als Mitglied des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten;

Migner als Mitglied des Justizausschusses;

Höchtel als Mitglied des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft;

Ferzabek als Mitglied des Verfassungsausschusses;

Maier Anton als Ersatzmann im Verfassungsausschuß;

Wiesmaier als Mitglied des Ausschusses für soziale Verwaltung.

Ich werde die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen lassen und ersuche, die Stimmzettel abzugeben.

(Nach Abgabe der Stimmzettel):

Die Stimmenabgabe ist geschlossen, das Skrutinium wird vorgenommen und das Resultat der Abstimmung in der nächsten Sitzung bekanntgegeben werden.

Ich werde zuweisen:

die Vorlage der Bundesregierung, betreffend den Beschluß des Bundesrates über die Abänderung des Schulaufsichtsgesetzes für Niederösterreich (334 der Beilagen), und die

Vorlage der Bundesregierung, betreffend die Akademie der Wissenschaften in Wien (338 der Beilagen), dem Ausschusse für Erziehung und Unterricht;

die Vorlage der Bundesregierung, betreffend die Änderung einiger Vorschriften über Stempel- und Rechtsgebühren (335 der Beilagen),

die Vorlage der Bundesregierung, betreffend die Änderung des Gesetzes vom 6. Februar 1919, St. G. Bl. Nr. 469, über die Effektenumsatzsteuer (336 der Beilagen),

die Vorlage der Bundesregierung über die vorläufige Regelung der Ruhe(verorgungs)genüsse der Kärntner Volks- und Bürgererschullehrpersonen und ihrer Hinterbliebenen und über Feuerungsmaßnahmen für dieselben (337 der Beilagen),

die Vorlage der Bundesregierung, betreffend den Bericht des Bundesministers für Finanzen über die in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. März 1921 vollzogenen Kreditoperationen (341 der Beilagen),

die Vorlage der Bundesregierung, betreffend das Bundes-Finanzgesetz für das zweite Halbjahr 1921 (340 der Beilagen),

die Vorlage der Bundesregierung über die Führung des Bundeshaushaltes vom 1. bis 31. Juli 1921 (344 der Beilagen),

die Vorlage der Bundesregierung über Kreditoperationen (348 der Beilagen),

die Vorlage der Bundesregierung über die Änderung des Zolles für mehrere Waren (Finanz-zolltarif) (349 der Beilagen),

die Vorlage der Bundesregierung über den Bericht des Bundesministers für Finanzen über die in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. März 1921 übernommenen Staatsgarantien (339 der Beilagen)

1496

40. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 22. Juni 1921.

und die Vorlage der Bundesregierung, womit einige Bestimmungen des Gesetzes vom 19. September 1898, R. G. Bl. Nr. 176, betreffend die Dotation der katholischen Seelsorger, und des Gesetzes vom 7. Jänner 1894, R. G. Bl. Nr. 15, betreffend die Bezüge der Dignitäre und Kanoniker bei den Metropolitane- und Kathedralkapiteln der katholischen Kirche, abgeändert und ergänzt werden (362 der Beilagen), dem Finanz- und Budgetausschusse;

die Vorlage der Bundesregierung, betreffend ein Handelsübereinkommen zwischen der Republik Österreich und der tschecho-slowakischen Republik samt Anlagen A und B und Schlußprotokoll, weiters den im Artikel XII genannten besonderen Übereinkommen (360 der Beilagen) und

die Vorlage der Bundesregierung, womit einige Bestimmungen des Gesetzes vom 4. April 1919, St. G. Bl. Nr. 220, über die Errichtung von Einigungsämtern für Streitigkeiten aus bestimmten Lieferungsverträgen in der Fassung des Gesetzes vom 1. Oktober 1920, St. G. Bl. Nr. 474, abgeändert und ergänzt werden (361 der Beilagen), dem Ausschusse für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten;

die Vorlage der Bundesregierung über die Erhöhung der Geldstrafen im Verwaltungsstrafrechte (Verwaltungsstrafserhöhungsgesetz, abgekürzt V. St. G. G.) (363 der Beilagen), dem Justizauschusse

und die Vorlage der Bundesregierung über die Organisation und das Verfahren des Verfassungsgerichtshofes (358 der Beilagen) dem Verfassungsausschusse.

Ferner weise ich zu die Anträge:

Nr. 328, 329, 330, 331, 351, 353 und 354 der Beilagen dem Finanz- und Budgetausschusse;

Nr. 350 der Beilagen dem Ausschusse für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten;

Nr. 355 der Beilagen dem Verfassungsausschusse;

Nr. 333 und 352 der Beilagen dem Ausschusse für soziale Verwaltung.

Als nächsten Sitzungstag erlaube ich mir dem hohen Hause vorzuschlagen morgen, Donnerstag,

den 23. Juni, um 3 Uhr nachmittags, mit folgender Tagesordnung:

1. Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Staatskommission für Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenangelegenheiten (§ 2 des Gesetzes vom 3. April 1919, St. G. Bl. Nr. 214).

2. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag des Abgeordneten Buchinger und Genossen (177 der Beilagen), betreffend Entschädigung der Mitglieder der Grundverkehrsbezirkskommissionen (339 der Beilagen).

3. Bericht des Justizauschusses über das Bundesgesetz, betreffend die zeitweilige Unzulässigkeit der gerichtlichen Geltendmachung von Ansprüchen gegen das k. k. Arar, k. u. k. Arar, k. k. Hofärar und gewisse Anstalten und Fonds (342 der Beilagen).

4. Bericht des Justizauschusses über das Bundesgesetz, betreffend den Versöhnungsversuch im Eheverfahren (343 der Beilagen).

5. Bericht des Ausschusses für soziale Verwaltung über die Vorlage der Bundesregierung (265 der Beilagen), betreffend das Bundesgesetz, womit einige Bestimmungen des Gesetzes vom 25. April 1919, St. G. Bl. Nr. 245 (Invalidenentschädigungsgesetz), abgeändert und ergänzt werden (346 der Beilagen).

6. Bericht des Justizauschusses über die Vorlage der Bundesregierung (220 der Beilagen), betreffend das Bundesgesetz über die Rechtsverhältnisse der Handelsagenten (Handelsagentengesetz) (347 der Beilagen).

Eventuell:

7. Bericht des Verfassungsausschusses über die Vorlage der Bundesregierung, betreffend ein Bundesgesetz über Volksbegehren auf Grund der Bundes-Verfassung (372 der Beilagen).

Wird gegen Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung eine Einwendung erhoben? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall. Mein Vorschlag ist daher genehmigt und die heutige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 7 Uhr 10 Minuten abends.